Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 47. **Freitag, den 25. Februar 1910.** **17. Jahrg.**

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Die Nationalliberalen sind die Schuldigen!

Die Nationalliberalen haben am 15. Februar in der preußischen Wahlrechtskommission gegen das Reichstagswahlrecht und für die Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts gestimmt. Sie werden diese Abstimmung voraussichtlich im Plenum wiederholen. Darum verdient die Bedeutung dieser nationalliberalen Entscheidung heute schon ausführlichere Würdigung.

Von den Nationalliberalen hängt es jetzt tatsächlich ab, ob das preußische Volk das Reichstagswahlrecht bekommt oder ob es noch länger die Ketten des Dreiklassenwahlrechts tragen muß. Die erste, wichtigste Voraussetzung für die Einführung des Reichstagswahlrechts ist gegeben, wenn sich im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit dafür findet. Eine Mehrheit für das Reichstagswahlrecht ist aber nicht vorhanden, weil die Nationalliberalen offene Feinde dieses Wahlrechts sind.

Nur weil die Nationalliberalen nicht wollen, ist es unmöglich, die Regierungsvorlage im Sinne des Reichstagswahlrechts abzuändern. Für eine solche Abänderung müssen nämlich nach ihrer bisherigen Stellungnahme im Plenum eintreten:

Das Zentrum	mit	105	Stimmen
der Freisinn	„	37	„
die Polen	„	15	„
die Sozialdemokraten	„	6	„
die Dänen	„	2	„

Für das Reichstagswahlrecht sind also im ganzen 165 Stimmen. Dabei kommt es natürlich weiter garnicht darauf an, aus welchen Motiven einzelne der genannten Parteien für das Reichstagswahlrecht eintreten. Über Motive wird nicht abgestimmt. Für unsere Berechnung kommt lediglich die äußere Stellungnahme der Parteien in Betracht, die einstweilen derartig festgelegt ist, daß sie in der nächsten Zeit kaum einer Änderung unterzogen werden kann.

Die Konservativen und die Freikonservativen sind bekanntlich entschiedene Anhänger des Dreiklassenwahlrechts. Für das Reichstagswahlrecht werden sie unter keinen Umständen zu haben sein. Sie verfügen im Abgeordnetenhaus über 211 Stimmen.

Die Nationalliberalen behaupten, Gegner des Dreiklassenwahlrechts zu sein, meinen aber auch, daß „von der Einführung des Reichstagswahlrechts abzusehen“ sei. Ihr Steckenpferd ist das Pluralwahlrecht, mit dem sie aber vollständig verunglückt sind. Die Einführung des Pluralwahlrechts steht heute gar nicht in Frage, sondern die Entscheidung steht nur zwischen Reichstagswahlrecht und Dreiklassenwahlrecht. Die Nationalliberalen haben im Abgeordnetenhaus 64 Sitze inne.

Die Parteien verteilen sich demnach folgendermaßen:

Für das Reichstagswahlrecht	165
Für das Dreiklassenwahlrecht	211
Nationalliberale	64

Würden nun die Nationalliberalen mit den nichtkonservativen Parteien für das Reichstagswahlrecht stimmen, so ergäbe sich folgendes Bild:

Für das Reichstagswahlrecht	165 + 64 = 229
Für das Dreiklassenwahlrecht	211
Mehrheit für das Reichstagswahlrecht	18

Gegen diese Rechnung kann man vielleicht einwenden, daß sich seinerzeit 13 Mitglieder des Zentrums geweigert haben, einen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts zu unterzeichnen. Aber wenn man selbst annimmt, daß sich diese 13 der Stimme enthalten, bleibt immer noch eine Mehrheit von 5 Stimmen übrig. Eine kleine Mehrheit gewiß, aber sie würde ungeheure Macht dadurch erhalten, daß die ganze Bevölkerung mit Ausnahme der Konservativen hinter ihr stände.

Ganz anders stellt sich natürlich das Bild, wenn sich die Nationalliberalen, wie sie es ja in Wirklichkeit tun werden, zu den Feinden des Reichstagswahlrechts schlagen. Dann sieht die Sache so aus:

Für das Reichstagswahlrecht	165
Für das Dreiklassenwahlrecht	275
Mehrheit für das Dreiklassenwahlrecht	110

Mit Hilfe der Nationalliberalen können also die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts einen gewaltigen Sieg erringen. Die Größe dieses Sieges zeigt zugleich die Größe des nationalliberalen Verrats.

Die Verteidiger der nationalliberalen Taktik werden vermutlich einwenden, daß ein Beschluß des Abgeordnetenhauses zugunsten des Reichstagswahlrechts doch keine Aussicht habe, Gesetz zu werden, weil er vom Herrenhaus verworfen werden würde. Dagegen ist aber zu sagen, daß das Herrenhaus überhaupt ganz gleichgültig ist, denn seine Zusammensetzung kann verfassungsmäßig durch königlichen Willen geändert werden. Es kommt also gar nicht auf das Herrenhaus an, sondern nur auf den preußischen König. Sollten die loyalen Nationalliberalen dem König, der nebenbei auch deutscher Kaiser ist, zumuten, daß er aus Mißtrauen gegen das Volk und aus Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses Widerstand entgegensetzen würde? Das kann unmöglich sein. Doch gleichviel — auf keinen Fall können sich die Nationalliberalen der Verantwortung vor dem deutschen Volke dadurch entziehen, daß sie sich auf den angeblichen Willen des unverantwortlichen Monarchen berufen.

Die Nationalliberalen müssen sich darüber klar sein, um was es sich für sie handelt. Die Entscheidung, die sie diesmal treffen, ist wichtiger als der Streit um ein paar Schiffe oder um eine schädliche Steuer oder um einen drückenden Zoll. Hier geht's um eine Lebensfrage des preußischen Volkes, der ganzen deutschen Nation, und die Antwort, die die Parteien auf diese Frage erteilen, wird in unzerstörbarer Schrift in das Buch der Geschichte eingetragen werden.

Mögen sich die Nationalliberalen den Ruhm erwerben, einstweilen die Retter der konservativen Herrschaft in Preußen-Deutschland gewesen zu sein. Sie tragen dann die volle Verantwortung für alles, was danach kommt! Und sie selbst werden dann in der Geschichte fortleben als die „nationale“ Partei, die in der Stunde der Entscheidung ihre Nation im Stiche ließ.

Politische Rundschau

Deutschland.

Im Reichstag

nahm am Donnerstag die sozialpolitische Generaldebatte ihren Fortgang. Antisemit Werner jammerte über die allerhöchsten Herrschaften, die bei W. und A. Wertheim Einkäufe besorgen; der graubärtige Schreinermeister Göring vom Zentrum klagte über schlechte Handwerkerzeiten und der nationalliberale Senator Findel aus der Bierstadt Einbeck trieb in seiner Art Mittelstandspolitik mit liberalem Einschlag, wobei er ein paar ziemlich kräftige Wendungen gegen preußisches Wahlunrecht und Schnapsblocksteuern fand. Der Freisinnsmann Carstens begann seine Ausführungen sehr arbeiterfreundlich, um im weitern Verlaufe den sozialpolitischen Mantel immer mehr zurückzustreifen, bis zuletzt der scharfmacherische profitgierige Glashüttenbesitzer in seiner ganzen schönen Nacktheit dastand. Genosse Hoch hing der Katze die Schelle an und nannte die bürgerliche Sozialpolitik, mag sie von den Parteien oder vom grünen Delbrücktisch aus betrieben werden, beim rechten Namen. Er wies nach, daß das, was in der Sozialpolitik erreicht worden sei, allein der organisierten parlamentarischen und beruflichen Macht des Proletariats zu verdanken ist. Nach einer ziemlich langen Delbrückrede, die verbindlich in der Form, der Sache nach auf die Proklamierung des Bremssystems in der Sozialpolitik hinauslief, vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages

beschloß in ihrer Sitzung vom Donnerstag, in die Geschäftsordnungskommission an Stelle des erkrankten Genossen Singer den Genossen Geyer zu entsenden.

Bei der Präsidentenwahl wird die Fraktion für den Kandidaten stimmen, der von der stärksten Fraktion des Hauses, die Anspruch auf den Posten des ersten Präsidenten hat, vorgeschlagen wird.

Die Fraktion beschloß, beim Etat des Reichskanzlers eine Resolution einzubringen, in der der Reichskanzler ersucht wird, dafür zu sorgen, daß die Ersatzwahlen zum Reichstage künftighin nicht mehr in verfassungs- und wahlrechtswidriger Weise so verspätet anberaumt werden, wie das bisher zumeist der Fall war.

In der erweiterten Kommission für die Geschäftsordnung des Reichstages

fand am Donnerstag die erste Beratung der Anträge zu § 48 Abs. 1 statt. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu ihren vorjährigen Antrag wiederholt:

„Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schlusse der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet.

Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so ist die Diskussion über seine Ausführungen zu eröffnen.“

Gegen den zweiten Absatz dieses Antrages, der vom Genossen Ledebour begründet wurde, wendeten sich auch diesmal die bürgerlichen Parteien und lehnten ihn gegen 4 Stimmen (2 sozialdemokratische und 2 demokratische) ab. Es wurde schließlich mit 14 gegen 8 (konservative und antisemitische) Stimmen der nationalliberal-freisinnige Antrag angenommen. Derselbe fügt dem ersten Absatz des oben verzeichneten Antrages hinzu:

„Nimmt er (d. h. ein Vertreter des Bundesrates) außerhalb der Tagesordnung das Wort, so kann auf Antrag eines Mitgliedes der Reichstag die Eröffnung der Diskussion über seine Ausführungen beschließen; die Abstimmung über den Antrag erfolgt ohne Diskussion.“

Die Konservativen bezeichneten diese kleine Erweiterung der parlamentarischen Rechte als ein unheilvolles Öffnen der Schleusen der Beredsamkeit und stellten ihre Verstopfungsanträge; sie selbst aber suchten durch tendenziöses Dauerreden die Beschlußfassung obstruktionsmäßig zu hintertreiben.

Zur Präsidentenwahl im Reichstag.

Gegen das Gerücht, daß das Zentrum den Vizepräsidenten Dr. Spahn zum ersten Präsidenten vorschlagen will, wendet sich die „Kölnische Volkszeitung“. Sie schreibt, im Zentrum habe man nie im Ernste daran gedacht, den Anspruch auf den ersten Präsidentenposten jetzt wieder zu erheben, nachdem man erst vor knapp vier Monaten darauf verzichtet habe, es werde vielmehr den von den Konservativen vorgeschlagenen Kandidaten zum Reichstagspräsident wählen.

Ein angeblich parteiloses Berliner Blatt will wissen, daß Graf Schwerin-Löwitz nicht geneigt sei, das Amt des Präsidenten anzunehmen, weshalb in konservativen Kreisen die Absicht erwogen wird, den Abgeordneten Dietrich oder den Abgeordneten Fink v. Finkenstein in Vorschlag zu bringen. — Warum nicht gleich den Kreth oder den Oldenburg?

Aus der Budgetkommission.

Die Budgetkommission erledigte in der Sitzung vom Donnerstag den Marineetat bis auf Kiautschou. Die ordentlichen fortdauernden Ausgaben betragen 158 Millionen Mark gegen 143 Millionen im Vorjahre, also mithin rund 11 Millionen Mark mehr. Für artilleristische Armierung der neuen Schiffe und Umbauten werden 23 Millionen Mark mehr angefordert. Die Ausgaben betragen für die Marine insgesamt 473 Millionen Mark; das sind 31 Mill. Mark mehr als im Vorjahre. Von dieser Mehrforderung hat die Kommission zirka 300 000 Mark abgestrichen. Voraussichtlich wird analog den Vorgängen in früheren Jahren das Plenum den großen Teil der gemachten Abstreichungen wieder herstellen.

Das preußische Abgeordnetenhaus

setzte Donnerstag die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern fort. Als erster Redner hielt der freikonservative Abgeordnete Graf Moltke eine längere Philippika gegen die Sozialdemokratie, wobei er sich allerhand längst widerlegter Behauptungen des Reichslügenverbandes bediente, und sich u. a. sogar zu der dreisten Bemerkung verstieg, daß die sozialdemokratischen Wahlrechtsstraßendemonstranten in Hamburg einen Juweliergeschäft geplündert hätten. Abg. Cassel (Freis. Volkspartei) konnte dem Vorredner zwar nicht darin beipflichten, daß in Preußen alles mustergültig sei, aber auch er benutzte den Hauptteil seiner Rede zu polemischen Angriffen gegen die Sozialdemokratie, deren Straßendemonstrationen er als ungesetzlich und unzweckmäßig bekämpfte. Am Schluß brachte noch der Pole Switala eine Reihe von Fällen polizeilicher Willkür und Spitzeltums aus den Ostmarken zur Sprache.

Freitag Fortsetzung.

Vom preußischen Wahlunrecht.

Die Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat Donnerstag die erste Lesung der Vorlage beendet. Zu einer Debatte kam es nur noch über den freisinnigen Antrag, nach dem auch die Wahlmänner die Abgeordneten in geheimer Abstimmung wählen sollen. Gegen den Antrag wandten sich besonders scharf die Redner des Zentrums. Er wurde dann auch gegen die Stimmen der Linken und Polen abgelehnt. Zu der Vorlage sind noch einige Resolutionen eingebracht. Eine nationalliberale richtet das Ersuchen an die Regierung, durch Gesetz eine Vermehrung der Abgeordneten insoweit herbeizuführen, wie dies nach Maßgabe der veränderten, wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse angemessen erscheint. Nicht ganz so weit wollen die Freikonservativen gehen, sie verlangen nur eine mäßige Vermehrung der Abgeordneten, um die veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse ohne Verminderung der Zahl und Vertretung der bestehenden Wahlkreise berücksichtigen zu können. Endlich verlangen die Nationalliberalen noch, daß bei der bevorstehenden Revision der Strafprozeßordnung eine Bestimmung aufgenommen wird, nach der die

Befragung eines Zeugen darüber, wem er bei geheimer Stimmabgabe seine Stimme gegeben, verboten wird.

Die zweite Lesung der Kommission wird am 3. März beginnen. Die Resolutionen kommen erst nach Schluß der zweiten Lesung zur Beratung.

Das preußische Wahl-Kompromiß und die Konservativen.

Die konservative Fraktion des preußischen Landtages trat am Donnerstag abend zur Beratung über das Wahlrechtskompromiß zusammen. Wie wir hören, wird die konservative Fraktion dem Kompromiß, das die indirekte Wahl beibehält und geheime Wahl für die Wahlmännerwahlen einführt, zustimmen.

Nationalliberale Stichwahlparole in Mühlheim.

Für die Stichwahl in Mühlheim-Wipperfürth-Gummersbach hat der liberale Wahlausschuß jetzt die Parole ausgegeben: Keine Stimmen dem Zentrum!

Der Streit um das Mandat.

Zwischen den liberalen Parteien in Bielefeld-Herford ist es zum Bruch gekommen, weil eine Einigung über die bevorstehende Landtagsersatzwahl nicht zu erzielen war. Die Nationalliberalen lehnten einstimmig die Kandidatur des national-sozialen Pfarrers Traub, den die Freisinnigen aufgestellt hatten, ab. Sie beriefen sich darauf, daß ihnen die Besetzung des Mandats zustehe und schlagen den Landwirt Meyer in Jerrendorf vor.

Freisinnige und Nationalliberale bezichtigen sich jetzt gegenseitig, das Mandat den Konservativen ausliefern zu wollen. Den Ausschlag geben die sozialdemokratischen Wahlmänner.

Die Zeugniszwangsfolter.

Die bayrische Abgeordneten-Kammer verhandelte gestern über eine Interpellation der Sozialdemokraten und der Liberalen betreffend das Zeugniszwangsverfahren in Nürnberg, wo in einem Disziplinarverfahren gegen einen Postsekretär durch den die Untersuchung führenden Beamten der Verkehrsverwaltung gegen einen Redakteur und gegen einen Postbeamten der Zeugniszwang angewendet worden ist. Nachdem Abg. Süßheim (Soz.) und Abg. Quidde (lib.) die Interpellation begründet hatten, betonte der Verkehrsminister Frauendorfer, in das gegenwärtige schwebende Verfahren könne die Regierung nicht eingreifen. Wenn es abgeschlossen sei, werde sie in allen Ressorts eine Verfügung ähnlich der des Justizministers erlassen, wonach von dem Mittel des Zeugniszwanges vorsichtigen Gebrauch gemacht und die moralische Schweigepflicht berücksichtigt werden soll. Zu einer vollständigen Beseitigung des Zeugniszwanges im Disziplinarverfahren aber könne die Regierung nicht die Hand bieten, da man gewisse Zwangsmittel im Disziplinarverfahren nicht entbehren könne. Das Redaktionsgeheimnis dürfe sich nur auf den Redakteur beziehen, nicht auf den Beamten, der für sein außerdienstliches Verhalten verantwortlich sei. In der Besprechung der Interpellation wurde von den Rednern aller Parteien die Abschaffung des Zeugniszwangsverfahrens gegen die Redakteure und möglichst vorsichtiger Gebrauch bei Disziplinarverfahren verlangt.

„Ich verbitte mir . . .!"

Die Redensart „Ich verbitte mir . . ." gehört zu den Lieblingsausdrücken des langweiligen Aktenmenschen, der zurzeit als Reichskanzler nominell die deutschen Reichsgeschäfte leitet. Wo die Begriffe fehlen, stellt bekanntlich oft zur rechten Zeit ein Wort sich ein. Bei Herrn v. Bethmann-Hollweg heißt dieses Wort: „Ich verbitte mir . . ." Weiß er auf Angriffe nichts zu antworten, dann spielt er die gekränkte Leberwurst und verbittet sich, daß man ihn angreift und ihn eher für alles andere hält, als für ein Genie.

Einem Berliner Mittagsblatt gibt diese altjungferliche Redensart: „Ich verbitte mir . . ." Anlaß, an einen kleinen Vorgang zu erinnern, der, wenn er auch schon vor einem Dutzend Jahre passierte, doch so niedlich ist, daß er es nicht verdient, der Vergessenheit anheimzufallen. Er trug sich im Herbst des Jahres 1897 zu. Der damalige preußische Verkehrsminister Karl Thielen (er wurde erst drei Jahre später geadelt) vermählte sich in zweiter Ehe mit einer reichen Witwe vom Rhein, Frau Selma Wichelhaus, geborene Frowein aus Elberfeld. Während der ministeriellen Amtsdauer des Herrn Thielen ereignete sich im Königreich Preußen eine ganze Reihe von schweren Eisenbahnunfällen. Ihm persönlich eine Schuld daran zuzumessen, fiel wohl niemand ein, nach „oben hin" hatte er allerdings die Verantwortung dafür zu tragen. Ein unglückseliger Zufall wollte es nun, daß kurz vor der Hochzeit des Ministers abermals eine Eisenbahnkatastrophe geschah. Doch am Hochzeitstage dachte niemand daran. Man saß fröhlich und guter Dinge beisammen, und am Schluß der Tafel verlas ein jüngerer Verwandter die eingelaufenen Glückwunsch-Telegramme. Plötzlich erhob er die Stimme und kündigte an: „Telegramm Seiner Majestät des Kaisers!" Der „junge" Ehemann erhob sich, das gleiche tat seine ihm eben angetraute Gemahlin, und alle Gäste folgten dem Beispiele, um ehrfurchtsvoll dem Text der Kaiserdepesche zuzuhören. Die lautete kurz und bündig: „Ich verbitte mir jedes weitere Eisenbahnunglück. Wilhelm, Rex."

Einen Augenblick herrschte tiefes Schweigen und allgemeine Beklommenheit. Dann aber winkte der Kontrast doch so erheiternd, daß an irgend einem Ende der Tafel ein fröhliches Lachen erscholl, in das dann alle übrigen, auch der Herr Eisenbahnminister selbst, herzhaft einstimmten.

„Preußen in Deutschland voran!"

So hat Bülow einst die Parole ausgegeben, die nur eine Ironie auf die tatsächlichen Verhältnisse ist. Wie es in Wirklichkeit steht, wie weit Preußen hinter den übrigen Staaten zurück ist, ergibt sich aus einer Übersicht, die der Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses über die wichtigsten Wahlrechtsbestimmungen in Staaten des Inlandes und des Auslandes vorgelegt ist. Danach gibt es im Ausland nur zwei Staaten mit öffentlicher Abstimmung bei den Parlamentswahlen: Ungarn und Rußland. In Deutschland aber ist nur ein einziger Staat vorhanden, der noch am öffentlichen Wahlrecht festhält: Preußen. Alle anderen deutschen Staaten haben die geheime Abstimmung bei den Wahlen für die Landesvertretung eingeführt.

Die indirekte Wahl haben in Deutschland außer Preußen nur noch fünf Staaten.

Ein genialer Vorschlag.

Protеusartig wechseln die in diesen Tagen in Berlin auf der Suche nach neuen Liebesgaben und reaktionären Maßnahmen versammelten Großagrarier die Firma: jetzt sind die „Steuer- und Wirtschaftsreformer" an der Arbeit. In ihren Beratungen wurde viel über die Demokratisierung der Volksmassen gejammert. Einen wahrhaft genialen Vorschlag, dem abzuhelfen, leistete sich ein Teilnehmer der erlauchten Versammlung; dieser Herr, seines Zeichens Oberleutnant und Rittergutsbesitzer schlug allen Ernstes vor:

„Es müßte ein Gesetz geben, daß alle Arbeiter vom vierzehnten Jahre ab eine Zeitung halten müssen, vielleicht für 50 Pfg. monatlich, die ihnen vom Staate zugestellt wird. (Große Heiterkeit.) Es könnte ja mit dieser Staatszeitung eine Lebensversicherung verbunden sein. Die Staatsleitung könnte da mit ihren Anschauungen ins Volk bringen, und so könnten die auch hier vertretenen Anschauungen eine unparteiische Darstellung erhalten."

Hier ist Herrn v. Bethmann-Hollweg der denkbar einfachste Weg vorgezeichnet, auf dem er zur allgemeinen Züchtung der von ihm heißersehnten „Staatsgesinnung" gelangen kann. Vielleicht arbeiten die Väter der „Wahlreform" demnächst eine Vorlage aus, die dem preußischen Landtage noch in dieser Session zugeht.

Der Bierkonsum geht zurück.

Aus dem Jahre 1909 liegen die abschließenden Zahlen des Malzverbrauchs in den ersten neun Monaten aus der norddeutschen Brausteuergemeinschaft jetzt vor. Sie geben einen Maßstab für die Bierproduktion. Der Malzverbrauch für diesen Zweck betrug in der angegebenen Zeit 4 933 444 Doppelzentner gegen 5 651 121 im Vorjahre, was einen Rückgang von mehr als 12 Prozent bedeutet. Noch mehr als die deutsche Bierproduktion ist die Einfuhr ausländischer Biere zurückgegangen; der deutsche Ausfall ist also nicht auf den vermehrten Verbrauch dieser zurückzuführen. Die Einfuhr fremder Biere betrug 1909 353 684 Hektoliter Faßbier gegen 425 198 im Vorjahr und 583 Doppelzentner Flaschenbier gegen 736; das ist ein Rückgang von fast 17 Prozent für Faßbier und von etwa 20 Prozent für Flaschenbier. Die Teuerung aller Lebensmittel ist überwiegend die Ursache, daß der Bierkonsum andauernd zurückgeht. Zum Teil ist es auch die Antialkoholbewegung, die diesen Rückgang verursacht.

Türkische Furcht vor der preußischen Reaktion.

Die „Deutsch-Asiatische Korrespondenz" veröffentlicht das Schreiben eines jungtürkischen Offiziers, das bezeugt, wie überflüssige Arbeit Herr v. Bethmann-Hollweg leistete, als er die preußische Reaktion vor dem Auslande verhüllen wollte. Das bezeichnende Schreiben führt aus:

Mein und meiner Kameraden aufrichtiger Wunsch geht dahin, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei immer freundlicher und fester sich gestalten im wirtschaftlichen und politischen Interesse beider Länder. Eine große Schwierigkeit ist aber das Vorurteil, das unsere Freunde im „Komitee für Einheit und Fortschritt", besonders die aus Saloniki, gegen Deutschland haben. Unter dem Regime des Sultans Abdul Hamid haben sie einfach in der Verbannung leben müssen; sie konnten das nicht in Deutschland tun, wegen der damaligen Verbindung der deutschen Politik mit Sultan Abdul Hamid; so mußten sie meist in England oder Frankreich freie Zuflucht suchen und finden. Dort haben sie den französischen Parlamentarismus und den englischen Konstitutionalismus lieben gelernt und leider zugleich auch die deutschen Verhältnisse nur durch die Brille der englischen und französischen Kritik beurteilen gelernt. Heute sind sie in Konstantinopel selbst Parlamentarier und Ministerialbeamte; und heute noch bewahren sie dem gastfreundlichen England und Frankreich und ihren freiheitlichen Institutionen politische Sympathien, die jetzt England und Frankreich zugute kommen. Deutschland beurteilen meine Landsleute vielfach nur nach Preußen . . . Ein Haupttrumpf ist gegen Deutschland Ihr preußisches Wahlrecht, das als die deutsche Gesamteigenart ausgespielt wird, so daß Deutschlands innere Politik im Urteil bei unseren jungtürkischen Gesinnungsgenossen gleich hinter Rußland bewertet wird, unter Hinweis auf die Abhängigkeit, in die Ihre öffentliche Wahl jeden Bürger bringe, und wegen der Ungerechtigkeit, die in Ihrer Klasseneinteilung liege.

Dieses Schreiben spricht Bände. Es bezeugt auch, wie fest und dienstbereit die deutsche Regierung auch dem Exsultan in den Tagen seines Glückes Schergendienste leistete und wie die teutsche Freundschaft so schnell auf den feindlichen Nachfolger überging als Abdul Hamids Blutregime zusammenbrach.

England.

Nach den Wahlen. Die Versammlung der irischen Parlamentsabgeordneten in London nahm einstimmig folgende Resolution an: „In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit des jetzt zwischen den beiden Häusern des Parlaments vor sich gehenden Kampfes, und in der Überzeugung, daß es die erste Aufgabe dieses Parlaments ist, in Gemäßheit des durch die allgemeinen Wahlen erteilten Mandates zu handeln, und sofort daran zu gehen, das jetzt vom Hause der Lords über alle progressive Gesetzgebung ausgeübte Veto zu beschränken, beschließt die irische Partei, diese große Frage nicht durch die Beantragung eines Amendements zur Adresse oder durch Anträge während der jetzigen Session verwickelter zu gestalten. — Der Ire Redmond hatte im Parlament zunächst die Unabhängigkeit der Nationalistenpartei betont und erklärte sodann, wenn die Regierung ihnen Sicherheit gäbe, daß die Vetovorlage noch in diesem Jahre zum Gesetz erhoben würde, würden die Nationalisten für das Budget stimmen. Premierminister Asquith schlug im Namen der Regierung nur eine kurze Vertagung zu Ostern vor. Das Haus würde dann weiter sitzen, bis es das alte Budget und die Resolutionen bezüglich der Lords erledigt habe. Die Periode würde sich vermutlich bis Mitte April ausdehnen, worauf das Haus große Ferien mache. Nach den Ferien würde man zu der auf die Resolutionen betreffend die Lords begründete Bill übergehen. Das frühere Budget sollte nur in einigen verhältnismäßig unwesentlichen Punkten abgeändert und das Haus ersucht werden, das Geschehene nachträglich zu genehmigen und die von dem letzten Unterhause genehmigten Steuern wieder zu erheben. Der Premierminister schloß, die Regierung wünsche klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie mit dem Budget und den Resolutionen betreffend das Oberhaus stehe oder falle, da sie beide Punkte als integrierenden Bestandteil ihrer Politik ansehe und ihre Existenz daran setzen müsse, um diese in dem Unterhause durchzubringen.

Im Oberhause erklärte bei Besprechung der Adresse auf die Thronrede Lord Landsdowne, wenn das Budget vom Unterhause angenommen würde, so werde dies auch vom Oberhause geschehen. Er frage die Regierung, ob sie das Mandat zu haben glaube, die Verfassung des Landes in Stücke zu brechen, das Zweikammersystem aufzuheben und nur eine einzige Kammer einzuführen. Die Gegner des Oberhauses wollten ein Oberhaus einführen, das nur ein unwirksames Schattenbild von dem sein sollte, was das Zweikammersystem eigentlich sein müßte. Zur Erwägung einer Reform, die das Oberhaus wirksamer machen, aber ein Stillstehen der Gesetzgebung verhüten würde, seien er und seine Freunde bereit. Lord Roseberry machte sodann den Vorschlag, daß die Lords, die mit einer Reform einverstanden seien, einen Reformplan einbringen möchten, ohne die Vorschläge der Regierung abzuwarten, so daß dem Lande zwei Pläne unterbreitet würden. Die Peers müßten anerkennen, daß das Land sich gegen das Prinzip der Erblichkeit ausgesprochen habe, und das Oberhaus habe jetzt eine gute Gelegenheit, sein eigenes Haus in Ordnung zu bringen.

Balfour hielt im Constitutional-Club eine Rede, in welcher er erklärte, die Unionisten wollten der Regierung, soweit die Finanzfrage in Betracht kommt, ihre schwierige Aufgabe nicht noch schwieriger gestalten, aber in prinzipiellen Fragen, zu denen z. B. die Oberhaus-Frage gehöre, sei es für sie unmöglich, Kompromisse zu schließen. Die im Unterhause geschaffene Lage gefalle niemanden, aber die Interessen des Reiches gingen allen anderen voran.

Asien.

Die Chinesen auf dem Marsch nach Tibet. Wie das Reutersche Bureau erfährt, sind 25000 nach japanischem Muster ausgebildete chinesische Soldaten von Szchuan nach Tibet aufgebrochen. Sie stehen unter Führung des Bruders des Vizekönigs von Szchuan und sind mit Apparaten für drahtlose Telegraphie, mit Maschinengewehren und Gebirgsgeschützen versehen. Augenscheinlich ist beabsichtigt, Chinas Herrschaft in Tibet aufzurichten, die Lage zu verbessern und der chinesischen Niederlassung neuen Mut einzuflößen. Zur Ausrüstung dieses Zuges sind in den beiden mit neuerdings deutschen Maschinen eingerichteten und unter deutscher Aufsicht stehenden Arsenalen von Chengtu siebentausend Arbeiter Tag und Nacht tätig gewesen. Die Expedition hat unter der Kälte und der Feindseligkeit der Grenzstämme bereits sehr gelitten. In der Nähe von Batung ist sie sogar in einen Hinterhalt geraten und hat vierhundert Mann und eine Anzahl Geschütze verloren.

Er räumt das Feld. Nach dem Einmarsch von 25 000 Mann chinesischer Truppen nach Tibet floh der Dalai Lama über die Grenze.

Amerika.

Ein Flüchtiger. Der Präsident von Nicaragua, Madriz, ist aus Managua nach Leon geflohen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 25. Februar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 24. Februar. Das Zimmermädchen L. klagt gegen den Hotelbesitzer F. auf Zahlung von 5 Mk. verdienten Lohn. Nach Angabe der Klägerin ist sie am 14. d. M. ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen und ihr auch der verdiente Lohn in Höhe der obigen Summe vorenthalten worden. Der Beklagte bestritt letzteres. Die 5 Mk. seien für Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung einbehalten worden. Auf Anraten des Vorsitzenden zieht Frl. L., die obendrein noch einen Revers unterschrieben hat, nach welchem sie keine Ansprüche mehr an F. hat, ihre Klage zurück. — Auf Zahlung verdienten Lohnes in Höhe von 10,31 Mk. klagt der Zimmergeselle Z. gegen den Zimmermeister B. Es ergeht gegen den Beklagten, der nicht zum Termin erschienen ist, ein Versäumnisurteil gemäß dem Klageanspruch. — Weil er ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen worden ist, klagt der Kutscher J. gegen den Fuhrwerksbesitzer B. auf Zahlung von 48 Mk. Der Kläger war von B. zur Aushilfe für einen erkrankten Kutscher gegen einen Tagelohn von 4 Mk. eingestellt worden. Über die Kündigung war nichts vereinbart worden. Am 5. Februar wurde J. entlassen, nach Angabe des Beklagten, weil J. mehrmals betrunken gewesen sei, was aber vom Kläger bestritten wurde. B. mußte auch zugeben, daß diese Trunkenheit nicht so groß gewesen ist, daß der Kläger keine Arbeit mehr verrichten konnte; aber die Kunden hätten sich über den Kläger beschwert und deshalb wurde er entlassen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß darin kein gesetzlicher Grund zu sofortiger Entlassung liege. Der Beklagte meinte dann wiederholt, daß er den J. gar nicht zu kündigen nötig gehabt hätte, weil er doch nur zur Aushilfe und gegen einen Tagelohn beschäftigt gewesen wäre. Eine Belehrung darüber, daß man die Kündigung nicht durch die Redensart, die Arbeit sei nur zur Aushilfe, sondern nur durch präzise schriftliche oder mündliche Abmachungen ausschließen könne, wollte er garnicht annehmen und deshalb lehnte er es auch

ab, im Wege des Vergleichs 40 Mark zu zahlen. Das Urteil ging schließlich dahin, daß B. an den Kläger 48 Mk. zu zahlen und die Kosten in Höhe von 1.50 Mk. zu tragen hat. Bei diesem Urteil wollte B. sich gar nicht beruhigen; er erkundigte sich wiederholt, ob er denn dagegen nicht Berufung einlegen könne, was aber verneint wurde. — Krankheit berechtigt zur Entlassung ohne Innehaltung der Kündigungsfrist, das mußte ein Arbeiter erfahren, der gegen den Inhaber der hiesigen Firma N. auf Zahlung einer Entschädigung für 14 Tage klagt. Der Kläger, der seit Juni vorigen Jahres bei N. beschäftigt war, erhielt zuletzt einen Wochenlohn von 25,50 Mk. Am 25. Januar wurde er dann krank. Als er später, am 17. Febr., seinem Arbeitgeber Mitteilung davon machte, daß er demnächst wieder anfangen wolle, wurde ihm gesagt, daß er entlassen sei. Deshalb erhebt er nunmehr obigen Anspruch. Der Vorsitzende hebt hervor, daß nach dem Gesetze derjenige ohne weiteres entlassen werden könne, der zur Arbeit nicht mehr fähig sei. Infolge seiner Krankheit wäre der Kläger aber arbeitsunfähig gewesen. Der Kläger behauptet dagegen, daß man ihm auf der Rechtsauskunftsstelle gesagt habe, er hätte Anspruch auf Entschädigung. Im Wege des Vergleichs zahlt der Beklagte 10 Mk. an den Kläger.

Handelsregister. Am 23. Februar 1910 ist eingetragen: 1. die Firma: Friedr. Martens u. Co., Zweigniederlassung in Lübeck. Lübeck. Die Hauptniederlassung unter der Firma „Friedr. Martens u. Co." ist in Hamburg. Inhaber: Kaufmann J. C. Martens in Lübeck. 2. die schon vor dem Jahre 1900 bestehende, bisher nicht eingetragene Firma H. Hornbogen in Lübeck. Inhaber: H. A. G. Hornbogen, Strumpfwarenfabrikant in Lübeck.

Flüchtig geworden ist hier der Inhaber eines größeren Kolonialwarengeschäfts, der Kaufmann Köster. Er sollte wegen Sittenverbrechens an kleinen Knaben verhaftet werden. Jetzt ist ein Steckbrief hinter ihm erlassen. Der Entflohene ist verheiratet.

pb. **Dieb und Betrüger.** Gegen einen Unbekannten, angeblich Steuermann Hartwig aus Herrenhausen, wurde Anzeige wegen Betruges und Diebstahls erstattet. Der Unbekannte hatte sich vor einigen Tagen in einem hiesigen Pensionat ein Zimmer gemietet und angegeben, er wolle hier die Steuermannschule besuchen, sein Vater, der Direktor einer chemischen Fabrik in Herrenhausen sei, würde für ihn alles bezahlen. Seit gestern ist der Unbekannte unter Mitnahme von 43 Mk., die er sich im Pensionat angeeignet hatte, verschwunden. Der Unbekannte ist zirka 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart, volles Gesicht, dunkle Augen und ist von untersetzter Figur mit starkem Leib, bekleidet war derselbe mit dunklem Überzieher, braunkariertem Jackettanzug, blaugestreiftem Oberhemd, schwarzem Schlips und schwarzem steifen Filzhut.

Fritz Reuter und die Hansestädte. Im diesjährigen „Reuter-Kalender" sind u. a. die Beziehungen des Dichters zu Bremen und Hamburg geschildert, in Wort und Bild. Die Senate der beiden freien und Hansestädte haben, mit Rücksicht darauf, die Anschaffung einer größeren Anzahl von Exemplaren verfügt. In dem an den Herausgeber, Prof. Dr. Gaedertz, gerichteten Schreiben der Senatskommission für das Unterrichtswesen heißt es: „Von dem reichen Inhalt des Buches haben wir mit großem Interesse Kenntnis genommen." Unser Landsmann wird nun in dem nächsten Jahrgang seine Vaterstadt Lübeck, sowie die befreundeten Familien und gastlichen Stätten behandeln, die Fritz Reuter und Frau „Luising" hier fanden. Zu diesem Zweck und zur Erzielung möglichster Vollständigkeit werden alle diejenigen, welche etwa Material an Büchern, Bildern, Niederschriften, Erinnerungen usw. besitzen, solche Mitteilungen an Herrn Prof. Gaedertz (Berlin W., Genthinerstraße 15) alsbald gelangen zu lassen.

Die Stufenbahn auf dem Burgfeld übte gestern eine ungewöhnliche Anziehungskraft auf das hiesige Publikum aus. War der Besuch nachmittags schon sehr gut, so war er in den Abendstunden noch lebhafter, während welcher das ganze Etablissement elektrisch beleuchtet wurde. Die innere Einrichtung der Stufenbahn ist sehr originell, es ist ein mit allem Raffinement ausgestaltetes mehrteiliges Karussell, das eine wirkliche Sehenswürdigkeit für Lübeck darstellt. Ein verdecktes Orchestrion, vor dem automatische Figuren die Musik begleitende Bewegungen ausführen, spielt während der Fahrt. Außerhalb des eigentlichen Karussells ist in dem großen Zelt ein breiter Raum freigegeben, hier befindet sich die Restauration und ist dem Publikum Gelegenheit zum Promenieren und Sitzen geboten. Am schönsten ist der Eindruck des Etablissements während der Abendstunden, während welcher das ganze Zelt in elektrischer Beleuchtung erstrahlt. Überraschungen aller Art sind zu dem morgen stattfindenden Kinderfest in Haases Stufenbahn geplant. Die Kinder erhalten beim Eintritt ein Geschenk.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend geht Sudermanns neues Schauspiel „Strandkinder" nochmals in Szene. — Am Sonntag abend 7½ Uhr gelangt der erfolgreiche Operetten-Schlager „Der fidele Bauer" von Leo Fall zur letztmaligen Wiederholung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Sonntag abend 7½ Uhr, geht Shakespeares Tragödie „Othello, der Mohr von Venedig" in Szene.

Die Gemeindeversammlung in Vorwerk hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Der erste und wichtigste Punkt betraf einen Nachtrag zum Wertzuwachssteuergesetz, welcher besagt, daß derjenige, welcher einen Besitz veräußert und zu dieser Steuer herangezogen wird, einen Zuschlag an die Gemeinde zu zahlen hat. Dieser Zuschlag soll 50 Prozent von der zu entrichtenden Steuer betragen. Dieser Nachtrag wurde debattelos mit 71 gegen 28 Stimmen angenommen. Im zweiten Punkt wurde das Gehalt des Rechnungsführers für vier Monate des Jahres 1909 nach kurzer Diskussion bewilligt und beschlossen, das Gehalt des Gemeindevorstehers auf 480 Mark zu erhöhen, da derselbe die Geschäfte allein führt. Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurde ein Fehlbetrag von 1000 Mk. bewilligt. Punkt vier brachte uns die Wahl eines Gemeindeboten. Hierfür wurde der Einwohner Muß mit 65 Stimmen gewählt. Sodann kam ein Antrag des Herrn Brocher zwecks Bebauung der Dorfstraße. Herr Brocher wurde jedoch auf den Beschluß der vorherigen Gemeindeversammlung verwiesen. Nachdem dann noch der Voranschlag für das Jahr 1910 genehmigt war, wurden die Einwohner Steder und Hannemann als Revisoren gewählt.

Schwartau-Rensefeld. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet diese Woche umständehalber nicht statt.

w. **Ratekau.** Die Aufhebung des Fußweges nach Siems. In einer im vorigen Monat abgehaltenen Dorfschaftsversammlung (es dürfen nur Grundbesitzer anwesend sein), wurde die Aufhebung des Fußweges von Ratekau bezw. von Sielbach nach Siems gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen. Der Parteivorstand des hiesigen Ortsvereins nahm sofort Stellung dazu und in einer überfüllten Versammlung, in der auch zahlreiche Nichtmitglieder anwesend waren, wurde von allen Rednern das Verhalten der Agrarier auf das schärfste gebrandmarkt. Einstimmig beschlossen wurde, sich bei der Regierung zu beschweren, denn durch die Aufhebung des Fußweges wird den Arbeitern der Weg zu dem Industrieviertel Kalksteinfabrik, Schamottefabrik, Ölmühle und Hochofenwerk um ¾ Stunden verlängert. Wider alles Erwarten hat die Regierung sich auf seiten der Agrarier geworfen und die Aufhebung des Fußweges beschlossen. Beim Steuerzahlen sind die Arbeiter voran, da heißt es, sie arbeiten auswärts, sie verdienen das viele Geld. Aber für bessere Wegeverhältnisse zu sorgen, damit es ihnen vergönnt, schneller nach der Arbeitsstätte hinzukommen, dafür gibts nichts. Na, Bauer, das ist ja auch ganz was anderes. Sicherlich wird die Arbeiterschaft ihnen bei den diesjährigen kommenden Gemeinderatswahlen schon die richtige Antwort geben.

Lütjenburg. Meidet Lütjenburger Bier und Schnaps! Vor einiger Zeit gelang es dem Brauereiarbeiterverband in Lütjenburg eine Zahlstelle zu gründen. Wenn auch das Häuflein der Organisierten noch klein war, so besaßen sie doch den Mut, in dieser schwarzen Ecke für ihre Sache Propaganda zu machen. Vorige Woche verbreiteten sie unter ihren nichtorganisierten Mitarbeitern der Brauerei und Brennerei D. H. Boll ein Flugblatt, worin ihnen ihre mißliche Lage klargestellt und gezeigt wird, wie es besser sein könnte. Einer von denen, die leider nicht alle werden, hatten nichts Eiligeres zu tun, als dieses Flugblatt dem Schnapsbrenner und Agrarier Boll zu überbringen. Das Flugblatt muß schon ins Schwarze getroffen haben, denn nach einigen Stunden wurden fünf Organisierte auf das Straßenpflaster geworfen. „Wir müssen die Organisation zerbrechen, solange sie noch jung ist, sonst wachsen sie uns über den Kopf", sagte einer der Herren. Die Verhältnisse in diesem Betriebe müssen schon sehr schlecht sein, wenn man solche Furcht vor dem Licht der Aufklärung hat. Und das sind sie auch. Niedrigste Löhne, lange Arbeitszeit, willkürliche Bezahlung der Überstunden, keine Bezahlung der ausgedehnten Sonntags- und Nachtarbeit. Sonntags muß ein Mann dem Betrieb den ganzen Tag zur Verfügung stehen, dafür bekommt er — ein Mittagessen! Der Aufenthaltsraum in der Brauerei spottet jeder Beschreibung. Alle zwei bis drei Wochen wird er mal mit einem Reisigbesen ausgefegt, dem einzigen im ganzen Mälzereibetrieb. Kein Ofen, kein Tisch, kein Stuhl, kein Schrank darin; nach allgemeinem Urteil sind die Schweineställe des Herrn Boll noch besser eingerichtet. Ein Waschraum ist nicht vorhanden, die Arbeiter waschen sich im Sudhaus. Der Abort befindet sich neben der Böttcherwerkstelle — ein schönes Parfüm für einen Arbeitsraum. Wahrhaftig, ein richtiges Schnapsjunker-Dorado! Wenn es schon in der Brauerei und Brennerei so aussieht, wie mag es da erst in dem landwirtschaftlichen Betrieb des Herrn Boll zugehen? Die Furcht, daß diese ausgemergelten Arbeitssklaven sich der Organisation anschließen und an ihrem Joch rütteln könnten, war mit maßgebend, daß man jene freche, internationale Gesellschaft hinauswarf. Dem Genossen Stiehler-Kiel, der versuchte, die Maßregelung rückgängig zu machen, erklärte Herr Boll, er könne es nicht zulassen, daß in seinem Betriebe „gehetzt" werde, denn da könnten ihm ja mal im Sommer die ganzen Leute die Arbeit liegen lassen. In seinem Betriebe bestimme er die Löhne und sonstigen Arbeitsverhältnisse und lasse sich von niemand dreinreden. Er habe nichts dagegen, wenn sich seine Leute einer Partei anschlössen, das ließe er sich auch nicht nehmen, aber die Sozialdemokratie müsse mehr „deutsch" sein; es sei nicht richtig, daß die sich mit Franzosen, Hottentotten und was alles noch für Menschen verbinde. Im übrigen sei er „Herr im Hause", und die Hetzer würde er unter keinen Umständen wieder einstellen. Ihm könnte man nichts machen. — Also, in seinem Betrieb duldet Herr Boll keine Organisation, aber die organisierten Arbeiter in der Provinz, wo der Schnaps der Firma Boll in Massen abgesetzt wird, können diesen ruhig weiter trinken. Daß in Zukunft Schnaps und Bier dieses Herrenmenschen gemieden werden müssen, wird sich jeder organisierte Arbeiter selbst sagen. Es gibt gutes Bier und guten Schnaps genug in Schleswig-Holstein, daß kein Arbeiter es nötig hat, die Produkte einer solchen rücksichtslosen Junkerfirma zu kaufen. So rücksichtslos, wie die Firma D. H. Boll in Lütjenburg handelt, so rücksichtslos muß auch der Arbeiter diese Firma behandeln.

Meidet Lütjenburger Bier und Schnaps!

Hamburg. Aus der Bürgerschaft. In einer Extrasitzung wurden die Posten: Unterrichtswesen und Polizeibehörde erledigt. Für bessere Ausbildung weiblicher Handlungsgehilfen wurden mit sozialdemokratischer Hilfe 60 000 Mk. ausgeworfen. Zum Justizetat wurde beschlossen, den Senat aufzufordern, mit Rücksicht auf die am 1. April eintretende Kompetenzerweiterung der Kammern für Handelssachen zu diesem Tage zwei weitere Direktorenstellen bei den Kammern für Handelssachen einzurichten; weiter ging ein Beschluß dahin, den zweiten Teil des Reichsgesetzes zur Sicherung der Bauforderungen in Hamburg nicht zur Geltung zu bringen. Die Mehrheit versprach sich davon aber nichts.

Kiel. Marine-Justiz. Ein bemerkenswertes, nicht alle Tage vorkommendes Urteil fällte am Mittwoch nachmittag das Kriegsgericht des 2. Geschwaders in Kiel. Angeklagt waren ein Maschinistenmaat und 2 Matrosen des Linienschiffes „Hessen". Sie sollen einem Steuermannsmaat nach einem Streit in einer Wirtschaft aufgelauert, ihn überfallen, geschlagen und zum Schluß in den Chausseegraben geworfen haben. Der Anklagevertreter beantragte wegen militärischen Aufruhrs gegen die beiden Matrosen 5½ und 5 Jahre Zuchthaus und Entfernung aus der Marine, gegen den Maschinistenmaat 7 Monate Gefängnis und Degradation. Das Gericht sprach die beiden Matrosen frei und verurteilte den Maschinistenmaat zu 20 Mk. Geldstrafe. Begründet wurde das Urteil damit, daß der Steuermannsmaat nicht glaubwürdig sei.

Wismar. Großfeuer. Auf dem Gildemeisterschen Gehöft im nahen Vor-Wendorf brannten Scheune und Viehhaus nieder. 10 Starken und 5 Schweine kamen in den Flammen um. Vom Inventar und von den beträchtlichen Kornvorräten konnte nichts gerettet werden.

Bremen. Aus der bremischen Bürgerschaft. Die Millionen-Fehlbeträge im Staatsbudget scheinen jetzt auch im kleinen Bremen eine gewisse Bodenständigkeit erlangt zu haben. Die vorläufige Zusammenstellung des Budgets für 1910 ergibt einen Fehlbetrag von 3 555 454 Mk. gegenüber 3 123 124 Mk. im Voranschlag des Jahres 1909. Die Finanzlage hat sich also abermals verschlechtert. Die Gesamtsumme der außerordentlichen und ordentlichen Einnahmen, die schon im vorigen Jahre zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben nicht ganz ausreichten, blieben diesmal hinter der Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben um 625 419 Mk. zurück, sodaß für die außerordentlichen Ausgaben im Betrage von 2 932 035 Mk. überhaupt keine Deckung vorhanden ist. Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben wird sich allerdings infolge der Budgetberatung noch etwas günstiger gestalten. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß der Fehlbetrag des festgestellten Budgets wesentlich größer sein wird als im Rechnungsjahre 1909. Die Finanz-Deputation führt diese für die bremischen kleinstaatlichen Verhältnisse riesigen Defizits auf den Rückgang des steuerpflichtigen kaufmännischen Einkommens zurück. Es betrug 1906: 86 Millionen Mark und ist auf 68 Millionen Mark im Jahre 1908 zurückgegangen. Dagegen hat das nichtkaufmännische Einkommen zugenommen; jedoch dürfte dadurch höchstens der Ausfall an dem Steuerertrage des kaufmännischen Einkommens wieder ausgeglichen werden. Der Bericht der Finanzdeputation schließt:

„Die Notwendigkeit, die bestehenden Einnahmen zu erhöhen, und neue Einnahmen zu erschließen, rückt immer näher und die Erhöhung der Einkommensteuer wird nach Ansicht der Finanzdeputation schon für das Jahr 1910 kaum zu vermeiden sein, wenn sich nicht etwa aus der weiteren Budgetberatung eine wesentliche Verbesserung der Finanzlage ergeben sollte."

Diäten für die bremische Bürgerschaft waren im vorigen Jahre in einem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrage gefordert worden. Die Bürgerschaft setzte eine Kommission zur Prüfung dieser Frage ein. Diese Kommission hat Bericht erstattet, der Mittwoch zur Beratung stand. Sie empfiehlt den Bürgerschaftsmitgliedern jährlich — dreißig Mark, nicht als Diäten, sondern als Entschädigung für Straßenbahnfahrt auszuhändigen. Durch Gewährung von Diäten müsse das Ansehen der Bürgerschaft und die Arbeitslust der Bürgerschaftsmitglieder in die Brüche gehen. So ziemlich dasselbe, was man früher auch gegenüber der Gewährung von Reichstagsdiäten gesagt hat, trotzdem das preußische Junker-Parlament, deren Mitglieder Diäten bezogen, gerade in den Augen der Bekämpfer der Reichstagsdiäten in allerhöchstem Ansehen standen. Unsere Genossen in der Bremer Bürgerschaft beantragten, die Entschädigung für die im Interesse der Bürgerschaftstätigkeit zu machenden Aufwendungen auf 200 Mark festzusetzen. Dieser, sowie ein Eventual-Antrag, 100 Mark für die Beschaffung einer Jahreskarte der Straßenbahn den Bürgerschaftsmitgliedern auszuhändigen und schließlich auch der Antrag der Kommission wurde abgelehnt. Das Ansehen der bremischen Bürgerschaft ist gewahrt. Daß es durch das Dreißig-Mark-Trinkgeld nicht lädiert wurde, dafür haben unsere Genossen durch Ablehnung des Kommissionsantrages nach Kräften mitgewirkt. — Proportionalwahl in Bremen. Es handelt sich um die Wahl zum Gewerbegericht, bei denen die freiorganisierten Arbeiter bisher stets ihre Kandidaten fast ohne eine Gegenstimme durchbrachten. Das soll jetzt jedoch anders werden. Die bremische Bürgerschaft hat die Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht beschlossen. Auch unsere Genossen stimmten dafür. Das scheint verschiedenen Leuten garnicht einmal angenehm zu sein. Reichstagsabgeordneter Hormann z. B., der aus Wahlrechtsrücksichten den Antrag auf Einführung der Verhältniswahl eingebracht hatte, fühlte sich berufen, der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion einen Strick daraus zu drehen, daß sie nicht diesen Antrag eingebracht habe. Dabei lagen die Dinge bisher so, daß, abgesehen von unserer Forderung der reichsgesetzlichen Regelung, andere als freiorganisierte Gewerbegerichtswähler so gut wie garnicht in Frage kamen. Bei den letzten, in diesem Monat erfolgten Wahlen wurden ganze 48 gegnerische Stimmen abgegeben.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater gastierte gestern abend Frau Buers-Marck aus Kiel als Carmen in Bizets gleichnamiger Oper. Die Künstlerin verfügt über eine recht ansehnliche äußere Erscheinung und einen kräftigen wohllautenden Mezzosopran. Das sind gewiß Vorzüge, die der heißblütigen, liebesgierigen spanischen Zigeunerin sehr zustatten kommen. Zur wirksamen Wiedergabe der Carmen bedarf es aber noch mehr, nämlich heißes Blut, leidenschaftliches Temperament, gewissermaßen Rasse, sowohl im Gesang als auch im Spiel, und hier mangelt es bei Frau Buers-Marck ebenso, wie bei unserer hiesigen Vertreterin dieser Partie. Man merkte, daß man eine Talmi-Carmen vor sich hatte und deshalb wird man, ohne der in ihrer Art recht sorgfältig ausgearbeiteten Darbietung die nötige Achtung zu versagen, doch nicht recht warm. Das vorstehend Gesagte bezieht sich auf die ersten beiden Akte; den letzten konnten wir nicht mehr beiwohnen.

P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Donnerstag, 24. Februar.

D. Urania, Kapt. Diurlin, von Oskarshamn, 40 St.
D. Stadion, Kapt. Norberg, von Stettin, 1 T.
D. Rurik, Kapt. Gräslund, von Kopenhagen, 16 St.
D. Fehmarn, Kapt. Schacht, von Fehmarn, 3½ St.
D. Nya Hermes, Gotthard, von Lysekil, 2 T.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Mittwoch, 23. Februar.

D. Lübeck, Kapt. Lundin, nach Kopenhagen.
D. Motala, Kapt. Gustafsson, nach Stockholm.

Donnerstag, 24. Februar.

D. Ostsee, Kapt. Eiggert, nach Furillen.
D. Meta, Kapt. Ehler, nach Fehmarn.

Schiffsbewegungen.

D. Capella ist gestern früh aus Stettin auf hier abgegangen.

D. Stadt Lübeck ist gestern vormittag in Memel angekommen.

D. Hansa ist gestern morgen aus Libau auf hier abgegangen.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 24. Februar.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 4900 Schweine. Der Handel war langsam, Überstand 59 Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 200 Pfd., Tara 20 Proz., 66,— bis 68,— (52,00 bis 54,50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 65,— bis 66,— (52,00 bis 53,00) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 64,00 bis 65,— (50,00 bis 50,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 63,00 bis 64,— (49,— bis 50,00) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 63,00 (44,00 bis 47,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63,50 bis 65,50 (51,00 bis 52,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Porzent, 58,00 bis 63,— (45,50 bis 49,00) Mk.

Briefkasten.

F. Kann leider auch am Sonntag nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Konfirmanden-Stiefel

in reichhaltigster Auswahl, moderne Formen, elegante Ausstattungen zu bekannt billigsten Preisen. :: ::

Schuhwarenhaus Auguste Popp, Breitestr. 7.

Empfehle meinen
Rasier-, Frisier- u. Haarschneide-Salon.
Gute und saubere Bedienung.
Rasieren 10 ₰. Haarschneiden 30 ₰.
Otto Gerwinsky, Friseur,
Dornestr. 43a.

Karbonade Pfund 80 Pfg.
Ger. Schweinsbacken 75 Pfg.
ohne Knochen pro Pfund
Pa. Schweinefleisch Bratenstücke pro Pfund **70 Pfg.**
Prima weißes Schmalz aus eigen. Schlachtungen pr. Pfd. 85 Pf., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd. **80 Pfg.**
Pa. Kuheuter pro Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund **45 Pfg.**
Fg. fett. **Rindfleisch** pro Pfd. **60** Pfg., **Rollfleisch 80** Pf., **Scheibenbeefsteak 1** Mk., **ll. Rauchstücke 85** Pfg., **Kohlwurst 60** Pfg., **gek. Mettwurst 70** Pfg., **Leberwurst 70** Pfg., **Preßwurst 50** Pfg., **Schwarzsauer 10** Pfg.
Abfallknochen pro Pfund **10** Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.

Empfehle diese Woche:

Pa. jung. fettes Rindfl.	Pfd. 60	Pfg.
„ Bratenstücke	Pfd. 65 u. 70	„
„ Scheib.-Beefsteak	Pfd. 100	„
„ Rollfleisch	„ 80	„
„ Gulasch u. Gehacktes	„ 70	„
„ Kalbfleisch	Pfd. 50 u. 60	„
„ Hammelfleisch	„ 80	„
„ Schweinefleisch	„ 75	„
„ kleine Schinken	„ 80	„
„ Flomenschmalz	„ 85	„

T. Atmer,
Schlachterei, Königstr. 48b.

Empfehlung!
Prima Rindfleisch 60 Pfg., Gulasch 70 Pfg., Rollfleisch 80 Pf. u. Kalbfl.
Fr. Möller, Wakenitzmauer 86, bei der Gr. Gröpelgrube.

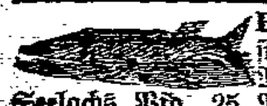
Empfehle diese Woche:

Prima fettes Rindfleisch	60 Pf.
„ fettes Ochsenfleisch	65 Pf.
„ Roastbeef	70 Pf.
„ Beefsteak	100 Pf.
„ Rollfleisch	80 Pf.
„ Gulasch u. Gehacktes	70 Pf.
„ Kalbfleisch	60 Pf.
„ Keulen	70 Pf.
„ Schinken	80 Pf.

Schlachterei Hüxstraße 79
Vertr. Karl Jürgensen.

Heiße Knackwurst,
Brotwurst } **St. 10 Pf.**
Leberwurst
Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Hüxstraße 96.

Holstein. u. Mecklenburger
Landschinken
im ganzen und im Ausschnitt, schöner **Schinkenspeck,** pro Pfund **1.10** Mk.,
Schinken in Stücken von 2—4 Pfd., pro Pfd. **1.10** Mk.,
Landschweinsköpfe, pro Pfund **60** und **55** Pfg.
Prima mecklenbg. Landmettwurst.
Heinr. Franck,
Wahmstr. 67. **Wahmstr. 67.**



E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Markth.-St. 46.
Seelachs Pfd. 25 Pfg., **Kabeljau** Pfd. 30 Pfg., **Hamburger Stint** Pfd. 10 und 15 Pfg. Täglich frisch geräucherte Sprotten, Bücklinge, Aale, Stör, Seelachs, sowie geräucherter Lachs.

Uhrfeder einsetzen 1.50 M.
Taschenuhr reinig. 1.50 M.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmach.
Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmark.

Zur Konfirmation

in größter Auswahl

Konfirmanden-Anzüge

28⁰⁰ 23⁰⁰ 19⁰⁰ 15⁵⁰ 7⁵⁰

Unterzeuge u. Wäsche
:: Hüte u. Mützen ::

Eine Partie
Buckskinhosen
zum Aussuchen Stück für **2.50** Mk.

F. Jürgensen,
Ecke Fackenburger u. Schwart. Allee.
Rote Rabattmarken.

Reparatur. billig u. gut
Federneinsetzen 1.50 M.
Reinigen . . . 1.50 „
Glas . . . . . 0.30 „
G. Reese, Uhrmacher
Hüxstraße 22—24.

Empfehle einen **wirklich schönen,**
garantiert reinen
Kakao
Pfd. **1.00** u. **1.20** Mk.
H. Bülck,
Kaffee- und Tee-Handlung,
Breitestr. 54. **Fernspr. 149.**

Von Sonnabend an
wieder mein gern gekauftes
Mokturtle-Ragout u. Herings-Salat.
Frau Ernst Hinrichs,
Schlachterei und Wurstfabrik
Tünkenhagen 3.

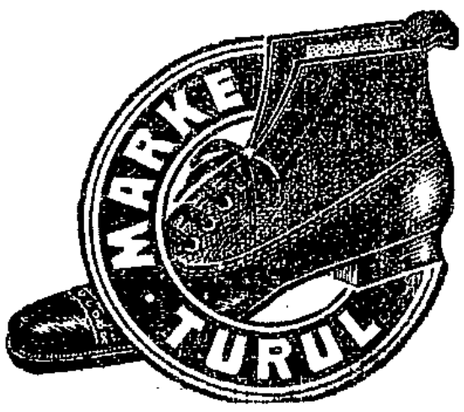
Gewerkschaftshaus
Lübeck.

Die Gewerkschaften und Vereine werden ersucht, ihre Festlichkeiten, die in dem Zeitraum vom 1. Mai 1910 bis zum 1. Mai 1911 im Gewerkschaftshaus stattfinden sollen, bis spätestens den 15. März d. J. schriftlich anzumelden.

C. Kluth.

Prima Rindfleisch Pfund 50 Pfg.
Johann Möllers billige Fleischquelle,
22 Fischstraße 22.

Emil Württenberger
Kohlmarkt 8. **Lübeck.** **Markt 8.**
Sämtliche Herren-Artikel:
Hüte :: Krawatten :: Wäsche



Beste Qualität. ═══ Erprobte Passform.
═══ Garantie für Haltbarkeit. ═══

Spezialmarke Original Goodyear Welt **7.25** Mk. **9.50** Mk.

TURUL-SCHUHFABRIK
ALFRED FRÄNKEL KOM.-GES.

VERKAUFSSTELLE:
LÜBECK
49 Breitestrasse 49.
Filialen in allen grösseren Städten Deutschlands.

Auf dem Burgfeld.
Eine absolute Neuheit. **Nur ganz kurze Zeit.**
Haases
Stufenbahn im Prachtbau.
Vornehmes Familien-Vergnügungs-Etablissement
Feenhafte Beleuchtung. Märchenhafte Ausstattung.
Voranzeige.
Morgen Sonnabend, von 4—7 Uhr nachmittags:
Groß. Kinderfest mit vielen Ueberraschungen.
Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk.
Täglich geöffnet von 4 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends.
Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen.

Ganz Lübeck hat noch nie so gelacht
wie in **„Lübeck auf Stelzen“**
ab 1. März im Hansa-Theater.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie **billig** und **reell** bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Holsten-Automat
G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pfg.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Distrikt Schwartau-Neusefeld.
Versammlung
Sonnabend, 26. Februar,
abends 8½ Uhr
im Gasthof Transvaal.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung von d. Generalversammlung.
3. Verschiedenes.

Die Distriktsleitung.

Konzerthaus Harmonie.
110 Hüxstraße 110.
Morgen Sonnabend, 26. Febr.
Urfideles humoristisches
Bockbierfest.
Kappen und Lieder gratis.
Eintritt frei! Anfang 7 Uhr.

Hansa-Theater

Nur bis 27. Februar
täglich 8 Uhr:
Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Pantomimen-Ges. Maory (7 Personen).
5 Romantiques
4 Bernhardts, 3 Cornells, 2 Percell, Held, Kaltenborn, Libellen.

Stadthallentheater.
Sonntag, 27. Februar. 7½ Uhr.
Othello, der Mohr von Venedig.
Tragödie von Shakespeare.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14 und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Sonnabend, 26. Febr. 7½ Uhr.
Voll-Ab. 140. Sonnabend-Ab. 28.
Strandkinder.
Schauspiel von H. Sudermann.
Sonntag, 27. Febr. 7½ Uhr.
Zum letzten Male!
Der fidele Bauer.
Operette von Leo Fall.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 47. Freitag, den 25. Februar 1910. 17. Jahrg.

„Durch Hunger!“

Im neuesten Heft des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik veröffentlicht Sergej Prokopowitsch Haushaltungsbudgets Petersburger Arbeiter, die von neuem ein erschütterndes Bild geben von dem furchtbaren Elend, in dem die meisten Arbeiter Rußlands leben. Prokopowitsch weist nach, daß in dem teueren Petersburg mit weniger als 600 Rubel im Jahre eine Familie auch in der denkbar ärmlichsten Weise nicht erhalten werden kann. Da aber nach offiziellen Quellen der Durchschnittslohn der Petersburger Arbeiter nur etwa 300 Rubel beträgt — nach einer Quelle beträgt der Lohn 295 bis 366, nach der anderen 312 Rubel —, so hat Prokopowitsch untersucht, wie der Petersburger Arbeiter dieses Defizit ausgleicht, und er kam zu dem Resultat: „Darauf gibt es nur die einzige Antwort: Durch Hunger!“

„Durch Hunger!“ Diese Worte sollten als Inschrift an allen Palästen der Besitzenden angebracht werden, denn durch Hunger von Hunderttausenden und Millionen von Arbeitern entsteht der große Besitz einzelner. Die kapitalistische Entwicklung war in allen Ländern vom Hunger und Elend der Arbeitenden begleitet. Aber so furchtbar traurig hat sich die Lage des Proletariats wohl kaum in einem anderen Lande gestaltet, wie in dem despotischen Rußland. Die russische Revolution hatte zum ersten Male in Westeuropa die Aufmerksamkeit auf die Lage dieser Arbeiter gelenkt, deren Bekanntsein notwendig war, um viele Erscheinungen der Revolution verstehen zu können. Zweifellos hatte die Revolution die Lage der Arbeiter auch nach den verschiedensten Richtungen hin verbessert; aber nachdem die Reaktion die Organisationen wieder vernichtet hat, sind die Arbeiter wieder schutzlos der Ausbeutung ausgeliefert, und die neuesten Erhebungen zeigen, daß sich an dem Elend im allgemeinen wenig geändert hat.

Die Arbeiterbudgets in Petersburg sind von der 12. Abteilung der Technischen Gesellschaft veranstaltet worden, und die Befragten gehören im allgemeinen zu den intelligenteren und somit bessersituierten Arbeitern. Nur ausnahmsweise waren Analphabeten unter ihnen, und ihr Durchschnittslohn war anderthalbmal so groß wie der Durchschnittslohn eines Petersburger Fabrikarbeiters. Die Befragten standen somit auf einem viel höheren Niveau als der Durchschnitt der Petersburger Arbeiter. Aber schon die Wohnungsverhältnisse dieser Arbeiter zeigen, wie erbärmlich, unmenschlich ihre Lebenslage ist. Von 263 alleinwohnenden Arbeitern, also solchen, die keine Familie in der Stadt haben, meistens Ledigen, „wohnten“ 48 auf einer — Pritsche, die sie für die Nacht mieten, 6 hatten gar nur eine halbe Pritsche, 82 eine erbärmliche Schlafstelle, 38 ein halbes Zimmer und 77 ein Zimmer, 2 eine Wohnung und von 10 waren die Wohnungsverhältnisse unbekannt. Aber unter diesen ledigen Arbeitern befanden sich einzelne mit 700 bis 800 und mehr Rubel Einkommen, und diese Ausnahmen sind es, die ein Zimmer mieten können. Noch schlechter sind die Wohnungsverhältnisse der Familien, der Arbeiter, die Frau und Kinder haben. Von 307 Familien hatten 2 auch nur eine Pritsche für die Nacht, 12 nur eine Schlafstelle, 2 nur ein halbes Zimmer, 142 ein Zimmer, 53 eine Wohnung mit Aftermieter, 87 eine Wohnung ohne Aftermieter und von 9 war die Wohnung unbestimmt. Und das sind die Wohnungsverhältnisse der bestsituiertesten Arbeiter, einer sehr kleinen Zahl. Da das Durchschnittsbudget der Petersburger Arbeiter zwischen 300 und 350 Rubel schwankt, so bekommt man nur dann ein typisches Bild von den Wohnungsverhältnissen der Petersburger Arbeiter, wenn man die Wohnungsverhältnisse der alleinstehenden Arbeiter mit 200 bis 300 Rubel Einkommen und der verheirateten Arbeiter mit 300 bis 400 Rubel in Betracht zieht. Für diese typischen Gruppen hat Prokopowitsch folgende Tabelle der Verbreitung einzelner Wohnungsarten zusammengestellt:

Es wird gemietet von

	Alleinwohnenden	Familien
½ Pritsche	4,9 Proz.	— Proz.
1 Pritsche	20,4 „	7,1 „
1 Winkel	43,7 „	35,7 „
½ Zimmer	11,7 „	7,1 „
1 Zimmer	15,5 „	21,4 „
Wohnung mit Aftermieter	— „	21,4 „
Wohnung ohne Aftermieter	— „	7,1 „
Unbestimmt	3,9 „	— „

Ungefähr 70 Prozent der Alleinwohnenden und 43 Prozent der Familien leben folglich in Winkelwohnungen, und die übrigen haben meistens nur ein halbes oder ein einziges Zimmer! Was so eine Winkelwohnung ist, hat der Sanitätsarzt Rubel beschrieben: Das ganze Zimmer wird mit Pritschen oder „Betten“ bestellt, und die überzähligen Mieter werden in den engen Schlupfwinkel zwischen Ofen und Wand gelegt, oder direkt auf den Fußboden, auch unter die Pritschen. Auch in den Küchen und Fluren wird geschlafen, in engen Löchern ohne Luft und Licht. In demselben Zimmer, in dem nachts geschlafen wird, arbeitet nicht selten ein Handwerker, Schuster, Schneider, Kürschner usw. Das „Bett“ ist ein rohes Gestell primitivster Art. „So ein Bett, oder genauer die Fläche des Fußbodens, die so ein Bett bedeckt, trägt den Namen eines „Winkels“. Wenn der Winkel von einer ganzen Familie oder von einem Mädchen besetzt ist, wird das Bett mit einem Vorhang aus Zitz abgesondert. In einem solchen abgesonderten Winkel wohnt manchmal eine ganze Familie von 4 bis 5 Menschen: Mann und Weib auf dem Bett, das Brustkind auf einer an der Decke befestigten Hängewiege, das zweite und auch zuweilen das dritte — an den Füßen. Hinter dem Vorhang hängt und liegt auch das Vermögen der Familie: Kleidung, Wäsche usw.“ Ein ungestrichener Tisch, 2 bis 3 Taburetts, zuweilen ein Stuhl vervollständigen die dürftige Einrichtung der Winkelwohnung. Fußböden mit Ritzen, bedeckt mit einer dicken Schicht Schmutz, die Tapeten zerrissen, geschwärzt, fettig, mit Flecken von zerdrückten Wanzen. Die Decke schwarz von Ruß, die Fenster staubig, schmutzig. In allen Ritzen Myriaden von Wanzen, schwarzen Schaben und anderen Insekten. „Und in all diesem schrecklichen Schmutz, unter dieser Masse von Insekten kann man nicht selten einen Trog mit Fischen, einen Korb mit Beeren und anderen Produkten sehen, die so gern auf den Petersburger Straßen . . . gekauft werden.“

So sind die Wohnungsverhältnisse der Petersburger Durchschnittsarbeiter beschaffen, sagt Prokopowitsch. Und für eine solche Wohnung müssen bis 25 Prozent der Einnahmen ausgegeben werden. Die Pritschen- und Winkelbewohner haben erklärlicherweise auch die höchsten Ausgaben für Getränke, denn an freien Tagen können sie sich nicht in den dumpfen, schmutzigen Wohnungen aufhalten, und sie gehen daher ins Wirtshaus. Auch betreiben die Wohnungswirte den Branntweinverkauf.

Ebenso erbärmlich wie die Wohnung ist die Nahrung der meisten Petersburger Arbeiter. Von den Alleinwohnenden — und das ist die übergroße Mehrzahl, denn nur ein kleiner Teil der Arbeiter kann eine Familie gründen — nehmen 50 Prozent das Essen im Wirtshaus ein, wo die Gerichte aus den Abfällen der Lebensmittel zubereitet werden, und auch 7 Prozent der Familien essen im Wirtshaus. Die Kleidung des Arbeiters charakterisiert sich am besten durch den weit verbreiteten Kauf getragener Kleider. Diejenigen, die keine getragenen Kleider kaufen, machten bei der Erhebung auf den Fragebogen oft die Bemerkung: Getragene Kleider kaufe ich nicht, da es sehr leicht ist, sich von getragenen Kleidern eine ansteckende Krankheit zuzuziehen. Trotz dieser Angst vor der Ansteckung kaufen 71,4 Prozent der Verheirateten und 44,7 Prozent der Ledigen getragene Kleider.

Im allgemeinen wenden die für Petersburg typischen Arbeitergruppen für rein materielle Bedürfnisse — Wohnung, Nahrung, Kleidung, Hygiene — folgenden Prozentsatz ihrer Ausgaben auf: Familien 87,42 bis 94,72, die Ledigen 72,10 bis 80,78. Bei dieser Höhe der Ausgaben für die allernotwendigsten Gegenstände muß für die Bedürfnisse geistigen und sozialen Charakters sehr wenig bleiben. Ungeachtet dessen, daß die Befragten zu der kulturellsten Schicht des Petersburger Proletariats gehören — es sind alles Mitglieder der Berufsvereine und der Arbeiterklubs —, wenden die Familien nur 1,13 bis 2,53 Prozent und die Ledigen nur 4,73 bis 5,14 Prozent ihres Einkommens für geistige und soziale Bedürfnisse auf.

„So sind die materiellen Verhältnisse, unter welchen der Petersburger Durchschnittsarbeiter lebt. Er hat keine Familie, mehr als 80 Prozent seines Verdienstes wird auf die Erhaltung seiner physischen Existenz verbraucht, er lebt in Winkelwohnungen, die ihn der Unzucht und der Trunksucht in die Arme treiben, er ernährt sich in den „Schinderesen“ von Abfällen und trägt alte, fremde Kleider. Ankömmlinge aus dem flachen Lande ergänzen seine Reihen und liefern den Fabriken die notwendige Zahl der Arbeiterbestände. Solcher Art ist der Reallohn, solcher Art sind die Existenzbedingungen, die der Petersburger Arbeiter für seine schwere Arbeit erhält.“

Und außerordentliche Ausgaben für Geburten, für Taufen, für Begräbnisse usw. deckt er — „durch Hunger!“

Die Soldschreiber des Kapitalismus und der Knutenherrschaft nennen dies: eine „von Gott gewollte Ordnung“!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 24 Februar 1910.

43. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Werner (A.) verlangt Schutz der Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes. Mit der Gewerbefreiheit

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(23. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Plötzlich erschien die Staatsrätin in der halb zurückgeschlagenen Portiere und sagte: „Guten Abend, Ihr Mädchen! Nun hier wird tüchtig geklatscht, wie es scheint! Nimm Dich doch in acht, Hilda! Du setzest die Tasse ja am Tische vorbei. Es sind zwei junge Herren da, die um eine Tasse Tee bitten, wenn die Damen erlauben.“

Die Herren Assistenten Hiorth und Bennechen kamen nun hinter der Frau Minister zum Vorschein, denn diese beiden musterhaften Freunde hatten es sich zugeschworen, daß sie um die Geliebte unter vollständig gleichen Chancen werben wollten. Alfred nahm daher Hiorth mit, wenn Sophie bei Hilda war.

Mittlerweile war es dunkel geworden und Frau Bennechen ließ die Lampen in dem großen Salon anzünden, so daß das Licht durch die halbgeöffneten Portiere ins Kabinett fiel, wo die jungen Leute schwatzten und lachten.

Alfred führte mit großer Geschicklichkeit das Wort und Fräulein Sophie lachte und kokettierte mit ihm.

Jonas Hiorth hatte eine andere Methode gewählt. Er saß schweigend und schwermütig im Halbdunkel, und wenn sie nach ihm hinsah, heftete er einen Blick auf sie, der ausdrücken sollte: Falsche Schlange, ich liebe Dich trotz alledem!

Das Gespräch war lebhaft, ohne sich um einen bestimmten Gegenstand zu drehen, man lachte, machte Andeutungen, neckte sich, war boshaft oder liebenswürdig, wie es gerade kam.

Doktor Bennechen trat in den Salon, als er aber das Lachen in dem Kabinett hörte, wollte er wieder fortgehen.

„Nein, Johann, bleibe und trinke eine Tasse warmen Tee“, rief Hilda ihm zu.

Der Doktor trat ins Kabinett und begrüßte die Gesellschaft, zog sich aber dann mit seiner Tasse wieder in den Salon zurück. Er war übler Laune; denn unten im Torweg war ihm Christine begegnet und an ihm vorbeigegangen, ohne ihn bemerken zu wollen.

„Mein gelehrter Bruder ist heute viele Treppen hinaufgestiegen,“ rief Alfred vom Kabinett her.

„Was meinen Sie damit?“ fragte Sophie, die am Ton der Stimme hörte, daß Alfred auf etwas anspielte.

„Ach ja, mein Bruder ist kein Freund vom Treppensteigen; er hält sich am liebsten an den ersten Stock, ja zuweilen an noch tiefere Regionen.“

„Für einen Doktor paßt sich's doch nicht, Scheu vor Treppen zu haben“, bemerkte eine der Damen, welche die Anspielung nicht verstand.

„Ach! Sie müssen mit meinem Bruder nicht wegen seiner Sympathien und Antipathien ins Gericht gehen, er hat in allen Dingen einen sonderbaren Geschmack. Wissen Sie, meine Damen, zum Beispiel, wie sein Ideal einer Frau aussieht?“

„Nein, lassen Sie hören, o lassen Sie hören“, riefen die Damen.

„Alfred!“ rief der Doktor.

„Erstens muß sie viertelhalb Ellen lang sein — wohlgemessen —“

Die Damen lachten und klatschten in die Hände, aber Hilda verstand, worauf er hinaus wollte.

„Alfred,“ sagte sie halblaut, „tue es nicht.“

Aber er fuhr fort:

„Dazu muß sie feuerrotes Haar haben — struppig wie eine Pferdemähne; aus dem Bauernstand muß sie sein und nach dem Stall duften —“

„Alfred, Alfred!“ rief die Mutter halb lachend, halb scheltend ins Kabinett hinein.

„Ach, ach, nun weiß ich es!“ rief Sophie, „es ist Christine, die große Christine unten in der Kellerwohnung, nicht wahr?“

Der Doktor setzte die Tasse von sich, daß sie klirrte.

„Es sei fern von mir, meines Bruders Herzensgeheimnisse zu verraten,“ sagte Alfred.

„Sagen Sie, ist es nicht Hildas neue Freundin Christine?“ fragte Sophie, sich zu Alfred hinneigend.

Berauscht von dem Glück, das er machte, fuhr Alfred fort: „O, es ist ein ganzer Roman, versichere ich Sie. Der vornehme Liebhaber, das einfache, aber äußerst tugendhafte Mädchen, die Schwester als vertrauliche Freundin —“

„Alfred!“ rief Johann in einem Tone, daß sie alle auffuhren.

„Aber ich bitte Dich doch, Johann,“ sagte die Frau Minister, „was ist das für ein Betragen, ich muß —“

„Ja, Mutter! Ich habe es ihm schon früher gesagt, ich dulde es nicht länger,“ sagte der Doktor heftig und stampfte auf den Boden.

„Mama!“ rief Alfred hinüber, „war das mit dem langen oder dem kurzen Bein?“

Johann machte einen Schritt nach der Tür; aber die Frau Minister hielt ihn zurück: „Aber, Johann! Bist Du denn nicht recht klug heute? Du solltest Dich was schämen, daß Du nicht ein bißchen Scherz vertragen kannst. Wenn Du bloß Unfrieden hierher bringen willst, so wäre es besser, daß Du wegbliebest. Wir saßen hier so gemütlich zusammen, ehe Du kamst.“

Johann ging fort. Aber, wie die Frau Minister sagte, die Stimmung hatte er ihnen verdorben. Die Damen flüsterten zu zweien und nicht einmal Alfred vermochte die Munterkeit wieder herbeizuführen.

Am Abend beim Zubettegehen erzählte die Frau Minister ihrem Manne den Auftritt zwischen den Brüdern. Sie verstand es, im Handumdrehen alle Schuld auf Johann zu schieben und schilderte die Szene noch ärger, als sie in Wirklichkeit gewesen war.

„Scheint es Dir jetzt nicht an der Zeit zu sein, daß dies Frauenzimmer fortkommt?“ schloß sie.

„Ich räume ein, daß die Sache bedenklich aussieht,“ erwiderte der Minister, „wenn es aber so weit gekommen ist, so fürchte ich, daß es nur wenig nützt, wenn sie weggeschickt wird. Denn bei Johannes Charakter besorge ich, daß Hindernisse ihn nur noch mehr anreizen würden; er würde ihr nachspüren, sie finden und dann würde vielleicht das schlimmste geschehen.“

„Ach, das habe ich ja längst gesagt,“ jammerte seine Gattin, „aber Du willst niemals auf meinen Rat hören; stets willst Du —“

„Ruhig, nur ruhig, liebe Adelheid! Sieh' mal, wenn wir sie nicht fortschicken können, so — so —“ er machte eine kleine diplomatische Kunstpause.

„Was so?“ fragte sie.

„Nun wohl! So senden wir ihn weg!“

In solchen kleinen Überraschungen war Bennechen ein Meister, seine Gattin sah ihn an: „Ja, wahrhaftig, Daniel! Das wäre in der Tat so übel nicht!“

„Wie gesagt, nur ruhig, liebe Adelheid! Dann findet man immer einen Ausweg. Du weißt, wie gern Johann seit vorigem Jahr nach Wien reisen wollte. Nun kann sein Wunsch erfüllt werden.“

„Und er wird lange wegbleiben —“

„Ein Jahr wenigstens, wenn die Reise ihm in wissenschaftlicher Beziehung von Nutzen sein soll.“

„Wissenschaftlich! — Du Schelm!“ lachte die Frau Minister; ein Stein war ihr vom Herzen gefallen.

Ehe sie aber einschliefen, mußte der Minister das Gelübde ablegen, daß, sobald Johann abgereist sei, er Moh dazu zwingen wolle, Christine nach Hause zu schicken, so, damit sie ganz aus dem Wege und vergessen wäre, wenn Johann aus dem Auslande zurückkehrte.

(Fortsetzung folgt.)

komme das Handwerk nicht weiter. Es brauche den großen Befähigungsnachweis, auch müßten endlich die Warenhäuser wirksam bekämpft werden.

Göring (Z.): Eine Mäßigung im Tempo der Sozialpolitik könnte das Handwerk brauchen, aber es dürfte nicht etwa Halt gemacht werden mit dem Schutze des gewerblichen Mittelstandes. Hunderttausende, deren ganze Existenz davon abhängt, warten mit Herzklopfen auf die Lösung dieser Fragen. Für die Arbeiter ist viel geschehen, aber die Handwerker sind ohne genügende Staatshilfe geblieben. Redner kommt auf die katholischen Gesellenvereine zu sprechen und äußert Freude, daß selbst der 70jährige Bebel in seinen Memoiren den guten Geist rühmt, den er seinerzeit bei den Gesellenvereinen in Salzburg, München und Freiburg gefunden hat. (Bravo i. Z.) Redner verlangt noch Einschränkung des Hausiererhandels, polemisiert gegen den Hansabund, von dem das Handwerk nichts wissen wolle, und verlangt noch einmal, daß der Staat dem Handwerk hilfreich beispringe. (Lebh. Beif. i. Z.)

Findel (NL.): Die zahlreichen Resolutionen zeugen von dem regen Interesse, das die Öffentlichkeit in steigendem Maße an den Mittelstandsfragen nimmt. Viele, wenn auch nicht alle Klagen des Mittelstandes sind begründet. Eigene Tüchtigkeit und gute Ausbildung sind und bleiben die besten Mittel des guten Fortkommens, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung dem Handwerk ungünstig ist. Das Submissionswesen ist verbesserungsbedürftig. Die Wanderlager sind ein schwerer Schaden für den seßhaften Mittelstand. Das beste Kapital des Handwerks sind immer noch zwei arbeitswillige Hände und eine gute Volksschulbildung, aber gerade daran fehlt es leider vielfach, namentlich in konservativ beherrschten Provinzen, wie z. B. in Ostpreußen. (Sehr richtig! links.) Der Mittelstand bedarf ferner eines kräftigen Selbstbewußtseins. Ein solches wird aber nicht gerade gefördert durch ein so elendes Wahlsystem wie das preußische. (Lebh. Zustimmung links.) Auch die sogenannte Finanzreform war alles eher als mittelstandsfreundlich. (Lebh. Beif. bei den Natl.)

Carstens (FVp.): Über die Notwendigkeit eines gesunden Mittelstands sind wir uns alle einig, nur nicht über die Wege und Ziele. Ich stimme dem Vorredner darin zu, daß eine gesunde Wahlrechts- und Steuerpolitik die beste Mittelstandspolitik ist. (Lebh. Zust. links) Redner beklagt die vielfache Einbeziehung nicht hierher gehöriger Materien bei Gelegenheit der Etatsberatung, z. B. die Polemik zwischen Bund der Landwirte und Hansabund. Dabei droht uns jetzt gewiß noch eine lange Erwiderungsrede des Herrn Diedrich Hahn. (Heiterkeit.) Zu beklagen ist auch die Menge der Resolutionen. Die Ausführungen des Staatssekretärs lassen Klarheit und feste Stellungnahme zu konkreten Einzelfragen vermissen. Er sprach von dem wünschenswerten Vertrauen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern; warum sorgt er nicht dafür, daß die Arbeiter Vertrauen gewinnen? (Sehr gut! links.) Wie stellt er sich zu den Sicherheitsmännern im Bergbau, zu der Heranziehung der Arbeiter zur Baukontrolle, und vor allem, wie denkt er über die preußische Wahlrechtsvorlage, die sehr geeignet ist, die Segel der Sozialdemokratie zu schwellen? (Lebh. Zust. bei den Liberalen.) Herrn Göring bemerke ich, daß man durch Eingriffe in die Gewerbefreiheit dem Mittelstand nicht hilft. (Bravo! bei den Freis.)

Hoch (SD.): Daß wir ungünstige Handelsverträge schließen müssen, das haben wir schon im Jahre 1902 vorausgesagt. Die Herren, welche diese Schwierigkeiten verschuldet haben, sollten sich jetzt nicht beschweren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär meinte, schutzzöllnerische Bestrebungen seien auch in anderen Ländern vorhanden. Aber gerade Deutschland hätte allen Anlaß gehabt, solchen Bestrebungen entgegenzutreten, weil es seine Industrieprodukte absetzen muß. Man klagt über die Kartelle. Aber sie sind ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung, des notwendigen Zusammenschlusses des Großkapitals. Eine Handvoll Personen beherrscht diese Kartelle und macht sich dadurch zu den wahren Herren des nationalen Wirtschaftswesens. Diese Kapitalinhaber können garnicht im allgemeinen Interesse arbeiten, sie müssen für Dividenden sorgen. Der Staatssekretär hat recht: selbst wenn man den Kartellen eine gewisse Kontrolle auferlegt, so hilft das nicht viel. Der Grund von allem ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln, und solange dieser Grund bleibt, bleiben auch die beklagten Erscheinungen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Gesamtheit des Volkes müßte ein Kontrollrecht haben über die wichtigsten Bodenschätze; anstatt dessen aber strebt unsere Regierung nur nach der Zufriedenheit des Zentralverbandes der Industriellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Von seiner Stellung zu den sozialpolitischen Fragen sprach der Herr Staatssekretär kein Wort. (Der Staatssekretär lächelt.) Ihm mag das lächerlich vorkommen, den Arbeitern ist es keineswegs lächerlich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unsere sozialpolitischen Anträge sind aus der Not der Arbeiter heraus geboren. Wir verlangen, daß der Staatssekretär, wie es seine Pflicht ist, auf unsere Fragen Rede und Antwort stehe. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Vielleicht stehen wir am Ende der wirtschaftlichen Krise und müssen uns die Frage vorlegen, welche Lehren wir zu ziehen haben. Der Reichskanzler hat im Deutschen Landwirtschaftsrat gesagt, Deutschland habe die Krise ohne gefährliche Erschütterung überstanden. (Sehr richtig! rechts.) Sie rufen: Sehr richtig: Sie sprechen natürlich nur von einer gefährlichen Erschütterung, wenn sie selbst unmittelbaren Schaden erleiden. (Zust. b. d. Soz.) Für Sie war die Krise gewiß nicht schwer. Aber den Arbeitern hat sie außerordentliche Arbeitslosigkeit gebracht. Was müssen diese Arbeiter empfinden, wenn trotz dieses Elends die Lebensmittel durch Zoll- und Wirtschaftspolitik noch immer verteuert werden! Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zeigt sich deutlich an der Abnahme der Eheschließungen und der Geburten, sowie an der Zunahme der Sterbefälle in den Arbeiterkreisen. Bei solch traurigen Erfahrungen sind wir verpflichtet, hier zu fragen, was geschehen soll! Dieses um so mehr, als in derselben Zeit die herrschenden Klassen infolge Ihrer Wirtschaftspolitik geradezu glänzende Geschäfte gemacht haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Kurs der Aktien der Deutschen Bank ist bezeichnenderweise noch nie so hoch gewesen als 1908 und 1909. Bei diesem Gegensatz zwischen dem Elend der Arbeiter und dem Aufschwung des Großunternehmertums wirkt es um so erbitternder, daß die Arbeitgeberverbände im Gefühl ihrer Kraft in der rigorosesten Weise gegen die Arbeiter vorgehen. Wie weit der Übermut geht, zeigen die gestrigen Ausführungen des Grafen Carmer, der sich gegen den Zentrumsantrag auf Schutz des Koalitionsrechtes wandte. Der Übermut der Unternehmer zeigte sich auch bei der großartigen Demonstration der Arbeiter in Frankfurt a. M. Um dem brutalen Vorgehen der Polizei jeden Anlaß zu nehmen, wollten die Arbeiter eine Versammlung am Tage abhalten, aber eine ganze Reihe von Fabriken erlaubte sich die Unverschämtheit, den Arbeitern zu sagen: Das dürft Ihr nicht! Die Arbeiter sollen eben Sklaven sein, der Fabrikant der Herr. Die Frankfurter Arbeiter haben sichs aber nicht gefallen lassen. 25 000 sind zu Versammlungen zusammengetreten, und alles verlief ruhig, weil die Polizei sich zurückhielt. (Sehr richtig! bei den Soz.) In bezug auf das Wahlgeheimnis bei den Reichstagswahlen habe ich an den Staatssekretär eine Frage zu richten. Der frühere Staatssekretär, jetziger Reichskanzler, hat die Prüfung der Frage zugesagt, ob zur Sicherung des Wahlgeheimnisses eine besondere Wahlurne vorgeschrieben werden soll. Nun hat Professor Siegfried-Königsberg mehrere Pakete, in denen sich auch Wahlurnen befanden, an das Ministerium geschickt, er erhielt sie nach angeblicher Prüfung zurück. Es zeigte sich aber, daß mehrere Pakete gar nicht geöffnet waren. (Heiterkeit.) Ich erlaube mir die Frage, wie verhält sich das? In seiner Rede sagte der Staatssekretär, er wolle sich bemühen, die Gegensätze zu mildern. Schon seit Jahrzehnten bemüht sich das Reichsamt des Innern in dieser Weise. Aber es geschieht auch nicht das allernotwendigste, was die Arbeiter brauchen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Über die Rettung des Mittelstandes haben wir auch heute wieder lange Reden gehört. Aber fragen Sie doch mal die Handwerker, ob durch die Mittelstandsgesetze schon jemals ein Handwerker vor der Konkurrenz des Großkapitals bewahrt worden ist. Bald will man die Konsumvereine, bald die Warenhäuser verbieten. Warum nicht die Fabriken, oder die Eisenbahnen, damit die Kutscher nicht zugrunde gehen? Mit all diesem Herumpflastern erreichen Sie garnichts gegen die Entwicklung, das wissen Sie auch selbst sehr gut. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nun wollen Sie den neuen Mittelstand vor Ihren Wagen spannen. Aber was ist für die Privatbeamten geschehen? Garnichts. Die Erklärungen des Staatssekretärs hierzu waren nur Redensarten. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen eben nichts tun, (Lebh. Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) weil das Reich infolge des Militarismus die Gelder nicht aufbringen kann für große soziale Probleme. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn die bürgerlichen Parteien nur ernstlich wollten, so hätten sie es ja in ihrer Macht, die Regierung zur Sozialpolitik zu zwingen. — Bei jedem von bürgerlicher Seite gestellten Antrag auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes will ich mich verpflichten nachzuweisen, daß das gleiche schon früher von uns beantragt war, daß die bürgerlichen Parteien aber die Gelegenheit vorüber gehen ließen, ohne irgend etwas zu tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nicht eingelöst sind auch die den Landarbeitern gemachten Versprechen. Bei der Verabschiedung des Zolltarifs wurde gesagt, wenn die Landwirtschaft gekräftigt ist, sollen die Löhne der Landarbeiter erhöht werden. Aber nichts, garnichts ist gehalten worden. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Lohnverhältnisse auf dem Lande sind noch genau so schlecht wie früher. Und trotzdem scheute sich Graf Carmer nicht, hier auszumalen, daß ganz Deutschland aus den Fugen geht, wenn die Landarbeiter das Koalitionsrecht erhalten. Wir erleben es immer und immer wieder, daß Landarbeiter zu uns kommen, denen in der schändlichsten Weise der Lohn vorenthalten wird, sie sind einfach rechtlos. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Regierung ist immer bei der Hand, wenn es gilt, die Profitinteressen der Unternehmer zu schützen oder die Arbeiter mit Abgaben und Steuern zu belegen. Wenn es aber gilt, diesen Druck zu mildern, Mißstände zu beseitigen, dann versagt die Gesetzgebung. (Sehr gut! bei den Soz.) Was an Arbeiterschutz errungen ist, das haben wir in langem zähem Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung errungen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Die Not der arbeitenden Bevölkerung ist aber so ungeheuer, daß wir mehr Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter verlangen können. Auf den guten Willen der Regierung können sich die Arbeiter nicht verlassen. Verlassen können sie sich nur auf eine starke wirtschaftliche und politische Organisation, welche die bürgerlichen Parteien und die Regierung zwingen werden, ihren Forderungen nachzugeben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Delbrück: Es wird mir beim besten Willen nicht gelingen, die Zufriedenheit der Sozialdemokratie zu erringen. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen Evolution, die Sozialdemokratie will Revolution. (Hu! Hu! b. d. Soz. Lautes Sehr richtig! rechts.) Man braucht bei Revolution nicht gleich an starke Waffen zu denken. Die Sozialpolitik ist in der letzten Zeit keineswegs zu kurz gekommen. Gewiß habe ich es abgelehnt, einseitig das Koalitionsrecht der Arbeitgeber zu beschränken, und ich habe die Zeit als noch nicht reif für den obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis bezeichnet; aber was zur Zeit auf diesem Gebiete möglich ist, leistet das neue Stellenvermittelungsgesetz. Ich bin ein entschiedener Anhänger der Sozialpolitik, aber sozialpolitische Maßnahmen können nur in Zusammenhang mit dem gesamten Wirtschaftsleben beurteilt werden. (Lebh. Zustim. rechts.) Über das, was im Interesse der Volksgesundheit erforderlich ist, hinaus muß die Frage der Arbeitszeit der privaten Vereinbarung überlassen werden. (Lebh. Zustim. rechts.) Eine Reichsarbeitslosenversicherung und ein Reichsberggesetz sind auf lange Zeit nicht angängig; die erste Frage muß vorläufig den Kommunen überlassen werden, und die Reform des Bergwesens ist von den Einzelstaaten in Angriff genommen worden. Als preußischer Minister habe ich nach harten Kämpfen Einführung von Sicherheitsmännern durchgesetzt. (Zuruf b. d. Soz.: Sie sind danach!) Ein paar Worte über die Frage der Wahlurnen. Unstraglich muß das Wahlgeheimnis geschützt werden. (Lebh. Zurufe links: Preußen! In Preußen besteht die öffentliche Wahl, im Reiche die geheime Wahl zu Recht. Das gesetzlich bestehende Wahlgeheimnis im Reiche muß selbstverständlich geschützt werden. Ich bestreite, daß die jetzige Methode der Urnenauswahl irgendwie im beträchtlichen Maße das Wahlgeheimnis gefährdet. (Stürm. Widerspruch b. d. Soz.) Ich will aber trotz der zu erwartenden hohen Kosten, die Frage, ob sich die generelle Einführung des von Professor Siegfried-Königsberg eingesandten Urnenmodells empfiehlt, gern erwägen. Redner streift weitere verschiedene Mittelstandsfragen und schließt unter lebhaftem Beifall der Rechten.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Aus der Partei.

Bebelfeier in Köln. Der 70. Geburtstag unseres Genossen August Bebel wurde in Köln, seiner Geburtsstätte, durch sechs große Feiern festlich begangen. Aus Brüssel war Genosse Camille Huysmanns, der Sekretär der Internationalen sozialistischen Partei erschienen, der Bebel als Politiker und Parteigenosse feierte.

Väterliche Fürsorge eines Amtsvorstehers. In Thale (Harz) wollte der sozialdemokratische Frauenverein einmal seine Mitglieder des Tages Last und Hitze vergessen lassen und arrangierte zu dem Zwecke ein Vergnügen. Der fürsorgliche Amtsvorsteher setzte die Polizeistunde für das Vergnügen auf die Mitternachtsstunde fest. Die Genossinnen beschritten hiergegen den Beschwerdeweg und erhielten darauf folgende Antwort:

Der Amtsvorsteher — Thale a. H., d. 19. Febr. 1910.
J.-Nr. 1473.

Auf die heute bei mir mündlich angebrachte Beschwerde über die Festlegung der Polizeistunde der öffentlichen Lustbarkeit des sozialdemokratischen Frauenvereins auf 12 Uhr abends teile ich Ihnen mit, daß dies mit Rücksicht darauf geschehen ist, weil der veranstaltende Verein aus Frauen besteht, diese ihre Kinder für die Dauer der Lustbarkeit zurücklassen müssen, die sich dann selbst überlassen sind.

Des ferneren müssen die meisten Festteilnehmerinnen, sowie deren Ehemänner am Montag früh wieder zeitig zur Arbeit und daher der vorzeitige Schluß der Lustbarkeit aus sozialen Gründen geboten erscheint, welches auch nur im Interesse der Teilnehmer liegen kann.

Der Amtsvorsteher
(Name unleserlich.)

Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, die die Polizei zu erfüllen hat.

Im Reichstagswahlkreise Nürnberg haben sich 22 sozialdemokratische Versammlungen mit dem Leipziger Parteitagsbeschluß betr. die Erhöhung des Grundbeitrages beschäftigt. Der Beitrag beträgt in Nürnberg zurzeit monatlich 25 Pfg. Der Vorstand schlug vor, den Beitrag nicht allein auf die vom Leipziger Parteitag geforderte Höhe von 30 Pfg. zu bringen, sondern 35 Pfg. zu erheben, da die Anforderungen an die örtliche Parteikasse in hohem Grade gestiegen sind. Damit erklärten sich fast alle Versammlungen teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig einverstanden. Nur in einigen Versammlungen entschied sich die Mehrheit für einen Monatsbeitrag von 30 Pfg.

Das Denkmal der Standrechtsopfer in Rastatt. Auf dem Friedhofe der ehemaligen Festung Rastatt (Baden) wurde von Sozialdemokraten und Demokraten über dem Sammelgrab, das die Gebeine der standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer birgt, ein Denkmal errichtet. Zur Pflege und Unterhaltung der historischen Stätte der badischen Revolution von 1849 besteht ein Fonds, der im letzten Jahre von 1101,49 Mk. auf 1046 65 Mk. zurückgegangen ist. Während in früheren Jahren einzelne Beiträge aus sozialdemokratischen Vereinen Deutschlands verzeichnet werden konnten, blieben sie im vorigen Jahre vollständig aus. Wenn die Mittel nicht weiter zurückgehen, und wenn die badische Regierung die Erlaubnis gibt, kann auf dem Gedenksteine vielleicht auch bald die Widmungs-Inschrift angebracht werden, deren Beifügung bei der Errichtung des Monumentes ausdrücklich untersagt wurde — im liberalen Musterlande.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Böttcher in Fürstenwalde a. Spree legten beim Böttchermeister Kornack wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung die Arbeit nieder. Die Forderungen waren bereits im September vergangenen Jahres eingereicht worden. Aber mit Rücksicht auf den noch bestehenden ungünstigen Abschluß mit den Abnehmern der Siruptonnen wurde die Forderung vertagt. Da nun der Abschluß fast beendet ist, traten die Böttcher erneut mit ihrer Forderung an die Arbeitgeber heran. Da diese abermals abschlägig beschieden wurden, sahen sich die Böttcher veranlaßt, in den Ausstand zu treten. In Fürstenwalde werden sehr niedrige Akkordsätze für Siruptonnen bezahlt.

Von den zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe. Wie schon mitgeteilt, sind neue Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen in die Wege geleitet. Bei der verfahrenen Situation war es außerordentlich schwer, eine Basis zu finden, auf welcher weitere Verhandlungen überhaupt möglich sind. Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes verlangte bekanntlich die Anerkennung einer Verhandlungskommission, nachdem er das Schiedsgericht abgelehnt hatte. Diese Verhandlungskommission anzuerkennen, dafür lag für den Holzarbeiterverband keine Veranlassung vor. Es handelte sich nur darum, einen Weg für die Fortsetzung der Verhandlungen zu finden. Wurde dieser Weg nicht gefunden, so bedeutete dieses den endgültigen Abbruch der Verhandlungen und — den Ausbruch des Kampfes auf der ganzen Linie. Nach tagelangen Auseinandersetzungen kamen dann die Zentralvorstände dahin überein, daß die Verhandlungen an den einzelnen Orten nicht unterbrochen werden dürfen. In den Orten, wo die Arbeitgeber den Eintritt in die Verhandlungen von der vorherigen Reduktion der Gehilfenforderungen abhängig machten, sind sie hiervon zurückgekommen. Die Vorstände vereinbarten ferner — wie wir bereits mitgeteilt haben — daß, solange die Verhandlungen fortgesetzt werden, Streiks und Aussperrungen nicht stattfinden sollen. Diese Vereinbarung ist bisher von beiden Seiten eingehalten worden. Die Verhandlungen an den einzelnen Orten haben bisher ein nennenswertes Resultat nicht ergeben. Nur in zwei Städten ist es zur endgültigen Einigung gekommen. Vereinbart wurde darum, daß die Ortsverhandlungen unter Assistenz der Zentralvorstände in Berlin fortgesetzt werden sollten. Seit dem 14. Februar sind nun Vertreter der Ortsparteien in Berlin anwesend und verhandeln in der Weise, daß den Vertretern der einzelnen Orte je ein Abgeordneter der Zentralvorstände zugeteilt wurde, die ihrerseits als Vermittler fungieren. Es ist das derselbe Verhandlungsmodus, der 1908 bei den großen Tarifverhandlungen in Leipzig geübt wurde. Wie wir hören, ist über die allgemeinen Vertragsbestimmungen, betreffend Überstunden, Montagearbeit, Schlichtungskommission, Arbeit an Maschinen usw. usw. für eine ganze Anzahl Städte eine Einigung erzielt. In einer Reihe Städte ist es auch gelungen, eine Verständigung über die im Vertrage festzulegende Lohnnorm zu erzielen. Dagegen konnte bisher nur für eine geringe Anzahl Städte eine vollständige Einigung erzielt werden. Die meisten Schwierigkeiten bietet natürlich die Lohnfrage und die Verkürzung der Arbeitszeit, und da haben sich die Arbeitgeber bisher wenig entgegenkommend gezeigt. Die Verhandlungen werden gegenwärtig noch fortgesetzt und läßt sich das Gesamtresultat noch nicht übersehen. Die Vorstände hoffen, daß bis Mitte der kommenden Woche diese Verhandlungen zu Ende geführt werden können; erst dann läßt es sich übersehen, ob Aussicht vorhanden ist, den Frieden zu erhalten. Eine Gefahr für den Frieden liegt noch darin, daß die Städtevertreter des Arbeitgeberschutzverbandes beschlossen haben, daß die endgültige Entscheidung von dem Ortsvorsitzenden der in Frage kommenden Städte gemeinsam getroffen werden soll. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes werden ihre Rüstungen fortsetzen, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein.

Ein Transport arbeitswilliger Kartonnagenarbeiter machte sich Dienstag nacht vom Anhalter Bahnhof in Berlin nach Plauen i. V. auf den Weg, um daselbst Rausreißerdienste für die streikenden Kartonnagenarbeiter zu leisten. Als Vermittler fungierte hier die Streikbrecheragentur W. Müller, die in der Invalidenstraße 116 ihr Vermittlungsbureau aufgeschlagen hat. Der Herr Vermittler, der mit diesem Menschenexport jedenfalls ein sehr einträgliches Geschäft betreibt, erfreut sich in hohem Maße der Gunst der Polizei. Als nämlich der Vorsitzende der Berliner Zahlstelle des Buchbinder-Verbandes mit einigen Organisationsvertretern auf dem Anhalter Bahnhof erschienen war, um sich die Rausreißer zu betrachten, genügte ein Wink von dem Herrn Agenten, und der Bahnhofsportier und ein Schutzmann bewachten nunmehr die Herren Arbeitswilligen, um jede Annäherung mit den Organisationsvertretern zu verhindern. 12 Mann waren angeworben, und 5 Mann dienten zur Bewachung: Herr Müller und Frau, ein Transporteur, ein Schutzmann und der Bahnhofsportier. Durch einen

notorischen Arbeitswilligen Albert Swiatkowski (in gewissen Kreisen „polnischer Albert" genannt) war dem Herrn Vermittler angezeigt worden, daß seine Arbeitswilligenherde nicht ganz stubenrein sei, und so mußte einer ausscheiden. Das war ein Gastwirt, der eine Zahlstelle des Buchbinderverbandes beherbergt und der gar zu gern einmal aus eigener Anschauung einen solchen Transport und die Praktiken der Streikbrechervermittler kennen lernen wollte. Ihm wurde nunmehr mitgeteilt, daß er als Streikbrecher nicht Verwendung finden könnte. Ob diese Garde, die um eine neunstündige Arbeitszeit und 30 bis 45 Pfg. Stundenlöhne kämpfenden Kartonnagenarbeiter wird ersetzen können, erscheint uns zweifelhaft, wenn auch ein solcher Wille reichlich vorhanden sein mag. Die Kartonnagenarbeiter allerorts seien hiermit nochmals gewarnt, Arbeit nach Falkenstein und nach Plauen i. V. anzunehmen. Werde niemand zum Streikbrecher und Verräter an seinen Berufskollegen!

Aug' um Aug', Zahn um Zahn. In den Exzelsior-Fahrradwerken in Brandenburg a. H. bestand seit Jahren zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern ein erträgliches Verhältnis, die Arbeitslöhne wurden durch Vertrag festgesetzt, und auch sonst kam man sich gegenseitig nicht zu nahe. Das wurde mit dem Tage anders, an dem die Fabrik sich in eine Aktien-Gesellschaft umänderte. Der neue Herr Direktor Kern war ein fleißiger Förderer der Gelben. Die alten Arbeiter wurden nach und nach entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangels, neue Arbeiter aber wurden vielfach eingestellt, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß jeder Neueingestellte Mitglied des Werkvereins werden müsse. Wer das nicht tat, wurde kurzerhand wieder entlassen. Als die Firma kürzlich bei Neueinstellungen von Arbeitern, die sie sehr nötig brauchte, eine Ausnahme machen, d. h. die Arbeiter nicht zum Eintritt in den gelben Verein zwingen wollte, protestierten die Gelben dagegen. Die Direktion gab dem nach. So war die Herrschaft der Gelben im Betriebe unbeschränkt, und daß das Denunzianten- und Schmarotzertum die schönsten Blüten zeitigte, versteht sich am Rande. Diese Zustände wurden den Arbeitern, die sich nur widerwillig diesem Zwange beugten, denn doch zu viel. Sie setzten sich gegen die gelben Unverschämtheiten endlich zur Wehr. In der „Arbeiter-Radfahrer-Zeitung" und in der Brandenburger Parteizeitung erschienen Artikel, die diesen Terrorismus enthüllten, und ein Vertreter des Metallarbeiterverbandes trat mit dem Hauptabnehmer der Fabrikate der Exzelsior-Fahrradwerke in Unterhandlungen und bedeutete ihm, daß die Arbeiterschaft als Hauptverkäuferin dieser Fahrräder es jedenfalls wird ablehnen müssen, Fabrikate einer Firma zu kaufen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter solchermaßen mit Füßen tritt. Auf ein Anschreiben dieses Magdeburger Vertreters an die Firma erhielt dieser dann eine in sehr konziliantem Tone gehaltene schriftliche Antwort zurück, in der die Direktion alle Schuld von sich wies. Sie respektierte die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter, die Meister ihres Betriebes hätten sich vereinzelt nicht ganz ihren Intensionen angepaßt, sie hätten jetzt aber Anweisung bekommen, die Arbeiter unter keinen Umständen mehr aufzufordern, dem Arbeiter-Hilfsvereine beizutreten. Die Direktion will von jetzt an scharf darauf achten, daß Verstöße dagegen nicht wieder vorkommen. Kurzum, die Direktion verspricht gründliche Remedur und bittet zum Schluß ihres Schreibens, unserm Brandenburger Parteiorgan von ihren Erklärungen Kenntnis zu geben. — Wir tun ein übriges und geben die Sache sogar noch in unserem Blatte bekannt, um zu zeigen, wie der gelben Gesellschaft ihr Parasitenleben vereitelt werden kann. Daß die Direktion so ganz unschuldig an den unleidlichen Zuständen im Betriebe war, glauben wir zwar nicht — es ist das immer eine sehr bequeme Ausrede für die Unternehmer, solche Missetaten auf Meister und Beamten zu schieben — wollen aber von dem guten Willen und der besseren Einsicht gern gebührend Notiz nehmen, die in diesem Falle die Gewerkschaftsorganisation und die organisierte Arbeiterschaft den Frevlern am Koalitionsrecht beibrachten.

Pfarrer und Unternehmer gegen katholische Arbeitervereine. In Sundern i. W. waren die Arbeiter der Metallwarenindustrie einem katholischen Arbeitervereine beigetreten. Die Anregung zu der Gründung eines katholischen Arbeitervereins ging von Franziskaner Patres aus, die im Orte eine Mission abgehalten hatten. Der Unternehmer sah das nicht gern und drohte jedem Arbeiter mit sofortiger Entlassung, der der christlichen Gewerkschaft beitrete; außerdem protegierte er eine gelbe Organisation, der er sogleich 1200 Mark in bar für den Anfang geben wollte. Die Arbeiter aber bestanden auf Freiheit der Koalition und traten nicht aus der Gewerkschaft aus. Nun steckten sich die Fabrikanten hinter den Pfarrer, damit dieser gegen die Gründung des Arbeitervereins demonstrieren solle. Dieser Zweck wurde dann auch erreicht. Der Herr Pfarrer mißbilligte am folgenden Sonntage von der Kanzel herab die geplante Gründung eines katholischen Arbeitervereins und das Vorgehen der Herren Missionare in der Angelegenheit. Der katholische „Volksbote" meint, er sei sprachlos und stehe vor Rätseln, er verstehe nicht, wie der Pfarrer einer Arbeiterpfarrei sich öffentlich in der Kirche gegen die Gründung eines Vereins aussprechen kann, die von den hochwürdigsten Herrn Bischöfen und auch vom heiligen Stuhle wiederholt dringendst empfohlen wird, und wie die Fabrikanten, die alle gute Katholiken sind, dazu kamen, den Pfarrer gegen die Ausführung oberhirtlicher Wünsche und Bestrebungen mobil zu machen. — Uns scheint die Sache weniger unverständlich. Die neue Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe und Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern räumt alle alten papiernen Proklamationen der hohen Kirchenwärter fort. Der katholische Unternehmer hat bei seiner Interessenvertretung nicht Rücksicht zu nehmen auf katholische Arbeiter, und der Pfarrer steht dem Unternehmer dabei näher als dem Arbeiter. Das wird den katholischen Arbeitern schon noch fühlbar werden.

Vom „liberalen" Reichsvereinsgesetz. In Angstedt-Gräfinau (Schwarzburg-Rudolstadt) besitzt der deutsche Textilarbeiterverband eine Filiale, die kürzlich eine Generalversammlung abhielt zwecks Neuwahl der Ortsverwaltung. An der Versammlung nahmen auch einige Mitglieder teil, die das 18. Jahr noch nicht erreicht hatten. Jetzt erhielt der Vorsitzende ein Strafmandat in Höhe von 5 Mk., weil er die Anwesenheit dieser jungen Leute geduldet und damit die §§ 17 und 18, Ziffer 5 des Reichsvereinsgesetzes verletzt haben soll. Nun besagen diese Paragraphen aber, daß in politischen Vereinen Mitglieder unter 18 Jahren nicht aufgenommen werden und auch an Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Da es sich hier um einen rein gewerkschaftlichen Vorgang handelt, ist es offensichtlich, daß das Strafmandat zu Unrecht ergangen ist. Gegen die Strafverfügung wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Die französischen Gewerkschaften im Jahre 1908. Dem soeben erschienenen Berichte des französischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaftsbewegung, der sich sowohl auf die Gewerkschaften der Arbeiter, wie auch auf Unternehmer- und gemischte Organisationen erstreckt, ist die auffallende Tatsache zu entnehmen, daß die Zahl der Arbeitergewerkschaften um 170, die Zahl ihrer Mitglieder um 12 341 im Jahre 1908 abnahm, während die Organisationen der Unternehmer sich um 234 vermehrten und die Zahl ihrer Mitglieder um 8666 zunahm! Auch die gemischten oder gelben Gewerkschaften zeigen einen, wenn auch geringen Fortschritt; sie nahmen um 8 Gruppen und 507 Mitglieder zu. Es bestanden am 1. Januar 1909 insgesamt 5854 Arbeitergewerkschaften mit 944 761 Mitgliedern, 4199 Unternehmer-Organisationen mit 840 141 Mitgliedern sowie 178 gemischte Gewerkschaften mit 24 895 Mitgliedern. Diese Zahlen deuten auf die noch vielfach vorherrschende Kleinindustrie hin, beweisen aber ferner, daß die Unternehmer viel eifriger wie die Arbeiter bemüht sind, sich zu organisieren, daß sie die Ratschläge der deutschen Unternehmerverbände, die ihnen durch regelmäßige Übersetzungen der Schriften der deutschen Scharfmacherzentralen, welche die französische Unternehmerorganisation veranstaltet, vermittelt werden, wohl zu würdigen wissen.

Allein im Departement der Seine wurden 137 797 organisierte Unternehmer bei einer Zahl von 347 806 organisierten Arbeitern gezählt. Von den Arbeitern können übrigens nur etwa 70 000, die dem Pariser Gewerkschaftskartell angeschlossen waren, als moderne Gewerkschaftler betrachtet werden. Insgesamt gehören etwa 270 000 organisierte Arbeiter, also noch nicht 30 Proz. aller Gewerkschaftsmitglieder der Confédération Générale du Travail an. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug in den Arbeitergewerkschaften 8,7 Proz. der Gesamtmitgliederzahl, in den Unternehmerorganisationen 1,7 Proz. und in den gemischten Organisationen 18,5 Proz.! — Interessant ist ferner, daß 389 Unternehmerorganisationen regelmäßig oder periodisch erscheinende Organe herausgaben, gegenüber 209 derartigen Publikationen aller Arbeiter-Organisationen! Die mächtig zunehmende Macht der Unternehmerorganisationen, neben der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, wird zweifellos auch die französische Gewerkschaftsbewegung in andere Bahnen lenken und sie zu größerer Konzentration ihrer Kräfte drängen.

Die Subvention der französischen Arbeitsbörsen. Am 1. Januar 1909 bestanden in Frankreich insgesamt 143 Arbeitsbörsen, die bekanntlich zumeist nicht nur den Gewerkschaften von der Gemeinde gratis zur Verfügung gestellt werden müssen, sondern die zumeist auch noch bare Geldunterstützung „zur Förderung ihrer kostenlosen Arbeitsnachweise" erhalten. Im Jahre 1908 bezogen 102 Arbeitsbörsen von den betreffenden Gemeinden 314 726 Frcs. und von der Provinz 52 225 Frcs., zusammen also 366 951 Frcs. Subvention. Darunter befindet sich z. B. eine Arbeitsbörse in Draguignan, der 128 organisierte Arbeiter angeschlossen sind, die 1500 Francs jährliche Subvention bar bezieht. Die Subvention der Pariser Arbeitsbörse beläuft sich auf 110 000 Frcs., dabei enthalten die beiden Gebäude, welche die Stadt den Gewerkschaften mitsamt der Einrichtung und Bedienung gratis zur Verfügung stellt, über 100 Bureaus und Versammlungssäle, die 50 bis 3000 Personen fassen. — Die Barsubventionen werden von den Gewerkschaften selbst, jedoch unter Aufsicht und Kontrolle des Präfekten, verteilt und zwar entsprechend der Mitgliederzahl und der Bedeutung des Arbeitsnachweises der betr. Gewerkschaft, der ja dadurch gefördert werden soll. Die Zahlen über die effektuierten Vermittelungen sind daher nicht allzu zuverlässig.

Die „reformistische" Richtung in der französischen Gewerkschaftsbewegung agitiert sehr lebhaft dafür, daß die Gewerkschaften durch entsprechende Beitragsleistung der Mitglieder sich in den Stand setzen sollen, auf jede Subvention vonseiten der Gemeinde und des Staates, die unter solch unwürdigen Bedingungen gegeben wird wie dies zurzeit der Fall ist, zu verzichten.

Die französischen Gewerkschaften erhalten aber auch zum Besuche von Ausstellungen, größeren Etablissements, Kongressen (auch gewerkschaftlichen) im In- und Auslande recht oft erhebliche Unterstützung, und zwar u. a. unter der Bedingung, daß die Delegierten nach ihrer Rückkehr der Behörde einen Bericht über ihre Reise, den Kongreß usw. liefern. — Dieses ganze Subventionswesen hat zweifellos mancherlei Schäden für die Arbeiterbewegung zur Folge, denen sich auch die französischen Gewerkschaftler auf die Dauer nicht verschließen können. Die wenigen bisherigen Versuche, mit den Mitteln der Arbeiterschaft selbst Versammlungslokalitäten oder Arbeiterbörsen zu erhalten, hatten leider noch wenig Erfolg infolge der finanziellen Schwäche der Organisationen, doch werden sie zweifellos dazu beitragen, einer angemessenen Reform des Beitragswesens der französischen Gewerkschaften die Wege zu ebnen.

Die Geflügelzucht in Deutschland.

Ein internationales buntes Geflügelvolk hat sich zurzeit in der Reichshauptstadt gelegentlich der Geflügelausstellung versammelt. Zwar hält sich die Ausstellung in Betreff der Beschicker in nationalem Rahmen, aber die Geflügelarten und Rassen fast aller Länder sind dennoch vertreten. Die gesamte Geflügelwelt von den kleinsten Zierarten bis zu den rundlichen Gestalten der Mastzucht, von dem einfachen weißen Unschuldskleide der tugendhaften Gans bis zu dem in tausend verführerischen Farbennuancen schillernden Gefieder der stolzen Beherrscher des Geflügelvolkes. Die deutsche Geflügelzucht hat in den letzten Jahrzehnten zu gewaltige Fortschritte gemacht, um neben der Zucht einheimischer Tiere nicht auch die Zucht ausländischer Geflügelarten aufzunehmen. Nach der Zählung vom 2. Dezember 1907 hat die Stückzahl des Federviehs in Deutschland seit dem Jahre 1900 ganz beträchtlich und zwar um rund 12,65 Millionen Stück zugenommen. Die Stückzahl des Federviehs in Deutschland betrug im Jahre 1907 rund 77 103 000. Hieraus erhellt der gewaltige Fortschritt der deutschen Geflügelzucht, die in den letzten Jahren eine gewaltige Menge von Tieren und Eiern für die deutsche Küche geliefert hat.

Dem Bauernstande in Deutschland ist heute bereits die Bedeutung und die Rentabilität einer geordneten Geflügelzucht klar geworden. An der Entwicklung der Geflügelzucht in Deutschland hat, abgesehen von kapitalkräftigen Großzüchtern, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen einen hervorragenden Anteil. Hierdurch wurde der Verkehr des einzelnen Züchters mit dem Zwischenhandel und den Konsumenten in geordnetere Bahnen gelenkt und erheblich verbilligt, so daß die Geflügelzucht für den Bauernstand zu einer lohnenden Einnahmequelle umgestaltet wurde. Trotz der günstigen Entwicklung und der starken Ausdehnung der Geflügelzucht, speziell der Hühnerzucht, in Deutschland ist unsere Abhängigkeit vom Ausland noch immer recht erheblich. Insgesamt stellte sich im Vergleich der drei letzten Jahre die Einfuhr von Eiern, in Doppelzentnern und in Millionen Mark, wie folgt:

	1907	1908	1909
Menge	1 494 552	1 392 928	1 370 098
Wert		140,20	136,60

Der Hauptanteil der Einfuhr entfällt auf Rußland und Österreich-Ungarn, während die Niederlande, Italien und Bulgarien mit Anteilen zwischen 40—50 000 Doppelzentnern beteiligt sind. Die Geflügeleinfuhr nach Deutschland ist dagegen der Menge nach noch ein wenig gestiegen. Die Einfuhr der wichtigsten Geflügelarten stellte sich wie folgt:

		Menge 1908	Menge 1909	Wert in Millionen Mark 1908	Wert in Millionen Mark 1909
Gänse . . .	Stück	7 517 981	7 784 725	28,55	24 87
Hühner . . .	dz	111 471	100 449	13,84	13 20
Enten . . .	dz	28 389	24 192	3,97	3,89
Tauben . . .	dz	3 222	3 186	0,52	0,51
Insgesamt . . .				41,88	41,47

Die Zunahme der Einfuhrmenge ergibt sich durch einen starken Mehrbezug ausländischer und zwar speziell russischer Gänse, obgleich im Vorjahre auf dem russischen Markte zeitweilig eine Zurückhaltung der Verkäufer herrschte. Die Einfuhr der übrigen Geflügelarten, die einen relativ höheren Wert repräsentieren, ist aber durchgängig geringer geworden, so daß insgesamt dem Zuwachs der Menge eine Abnahme des Wertes der Einfuhr von rund 40 000 Mk. entspricht. Die Veranstaltung von Ausstellungen ist ebenfalls dazu berufen das Interesse für die Geflügelzucht in Deutschland zu heben und die Abhängigkeit vom Auslande herabzumindern.

A. C.

Zum Serienlosschwindel.

Wie der Serienlosschwindel betrieben wird, haben wir des öfteren schon geschildert. Zur Warnung aller derjenigen nun, die vom Auslande, speziell aber von Dänemark aus, entweder direkt mittels Zeitungsinserat zum Ankauf von „im ganzen Deutschen Reiche konzessionierten Staatseisenbahnlosen" aufgefordert werden, sei hier folgendes erzählt:

Wie bei den meisten Serienlosschwindeleien, handelt es sich auch hier um Türkenlose. Auch die von Dänemark aus „arbeitenden" Schwindler sind — leider muß es gesagt werden — ausschließlich Deutsche, wenn der Name der Firma auch noch so dänisch klingen mag. Ein paar hundert Kronen genügen nämlich im Staate Dänemark, wo ja bekanntlich schon seit Hamlets Zeiten manches faul ist (siehe auch Alberti!), um daselbst mit Hilfe eines Linksanwalts eine magistratlich und handelsgerichtlich eingetragene „Aktiengesellschaft" mit „volleingezahlten" ein- oder mehreren hunderttausend Kronen zu gründen. Irgendein gestrandetes Individuum dänischer Abkunft, das der Schwindler sich zu verpflichten wußte, gibt seinen Namen zu der betreffenden Transaktion her und wird als „Geschäftsführer" angestellt — mit 40 oder 50 Kr. monatlich und der Erlaubnis, sich tagsüber auf dem Bureau der famosen Aktiengesellschaft aufzuhalten, für unvorhergesehene Fälle. Zur Annahme der bald nach Loslassen der berüchtigten Offertbriefe resp. Inserate massenhaft eintreffenden Geldsendungen ist natürlich nur der Schwindler persönlich berechtigt; denn er hat sich von dem Strohmann Postvollmacht erteilen lassen. In den meisten Fällen werden die Postsendungen aber überhaupt nicht erst nach dem Geschäftsbureau, sondern vom Postamt aus gleich nach der Privatwohnung des Schwindlers besorgt, der für gewöhnlich eine hochherrschaftliche Villa in der Nähe der Hauptstadt bewohnt und dort ein herrliches Leben führt.

In den von Gewinnchancen und sechszifferigen Zahlen nur so überfließenden Offerten derartiger „Firmen" steht irgendwo an verborgener Stelle, ganz klein gedruckt, so daß man ihn notwendigerweise übersehen muß, der Passus, daß Gewinne unter 500 Mk. erst „am Ende eines jeden Gesellschaftsjahres zur Verrechnung gelangen". Dagegen werden Gewinne über 500 Mk. sofort bar ausbezahlt. Da nun aber der Spieler, der glücklich auf den Schwindel hineingeplumpst ist, gegen Entrichtung seiner monatlichen 3 Mk. pro Losanteil nur ein Hundertstel der betreffenden Nummer spielt, so müßte diese schon mit einem Treffer von 500 000 Mk. herauskommen, um einen Gewinn von über 500 Mk. für den einzelnen Spieler zu ergeben. Der höchste Treffer aber, mit dem ein Türkenlos überhaupt gezogen wird, beträgt bekanntlich nur 600 000 Fr. gleich 480000 Mk. Also ist von einer etwaigen Gewinnauszahlung überhaupt keine Rede. Dagegen werden den Spielern mittels gefälschter Ziehungslisten wiederholt „kleinere Gewinne" gemeldet, damit sie ja nicht von der „guten" Sache abfallen und ihre Monatsbeiträge auch weiterhin prompt einschicken. Hat ein Spieler — die Opfer werden fast ausnahmslos in den Handwerker- und Arbeiterkreisen gesucht und leider auch immer noch in Massen gefunden — es wirklich ein Jahr lang durchzusetzen vermocht, seinen Beitrag regelmäßig einzuschicken, und wendet er sich dann wegen seines vermeintlichen Guthabens schriftlich an die betreffende Firma, so erhält er natürlich keine Antwort; denn — der Herr Schwindler hat es infolge der seit kurzem mehrfach an ihn herangetretenen Aufforderungen zur Begleichung der diversen „Guthaben" für nötig befunden, inzwischen schon wieder eine — neue „Aktiengesellschaft mit volleingezahlten xmal hunderttausend Kronen" zu gründen, eine andere hochherrschaftliche Villa zu beziehen, und — der Schwindel beginnt wieder von vorne.

Man muß es mit angesehen haben, welche enormen Auflagen von Offertbriefen (mit je 20 Oere frankiert) die zahlreichen Lotteriefirmen regelmäßig allein von Kopenhagen aus nach dem Auslande versenden lassen, um verstehen zu können, warum die dänische Justiz diesem gemeingefährlichen Treiben der Lotterieschwindler gegenüber krampfhaft die Augen zudrückt. Die behördliche Unterdrückung des Schwindels würde nämlich gleichbedeutend sein mit einem jährlich in viele, viele Tausende gehenden Ausfall in den Einnahmen der königlichen Post! Und zudem ist es ja fremdes Geld — in der Hauptsache das sauer erworbene Geld unserer deutschen Arbeiterschaft — das mit dem Umwege über den dänischen Lotterieschwindler in den königlich dänischen Postsäckel fließt, jenem „gerade nur so viel" übrig lassend, daß er auf seiner hochherrschaftlichen Villa „standesgemäß", das heißt in Saus und Braus, leben kann, während er das „momentan" n[illegible] tigte schon irgendwo anders sicher unterzubringen n[illegible] r alle Fälle!

Aus dem Gerichtssaal.

Die Frankfurter Polizeischlacht vor Gericht. In bürgerlichen Blättern war kürzlich die Rede von einem Verfahren wegen Landfriedensbruch gegen einige am 13. und 17. Februar Verhaftete. Donnerstag hatte sich nun der erste der Verhafteten, der Schreiner Herkert, vor der Strafkammer zu verantworten. Die gänzlich unberechtigte Verhaftung dieses Genossen durch die Schutzleute, die ihn

mitten durch die erregte Masse der Demonstranten zum Polizeipräsidium schleppten, gab den ersten Anlaß zu den blutigen Ereignissen vom vorigen Donnerstag. Die Anklage wegen Landfriedensbruches mußte aber (wenigstens bei diesem Verhafteten) fallen gelassen werden, er hatte sich nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten, den er bei seiner Verhaftung geleistet haben soll. Der Prozeß endete mit einer vollständigen Blamage der Polizei. Der Staatsanwalt hatte gegen Herkert sechs Monate Gefängnis beantragt wegen Widerstandes und vier Wochen Gefängnis wegen groben Unfugs. Das Urteil lautete auf 150 Mark Geldstrafe, wovon 30 Mark durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Ferner wurde sofortige Haftentlassung angeordnet. Der Verteidiger Dr. Sinsheimer hielt ein glänzendes Plädoyer, in dem er darauf hinwies, daß die Polizei ganz allein Schuld gewesen sei an all den blutigen Vorgängen, die sich auf der Zeil ereigneten. In der Verhandlung kam auch zur Sprache, daß nach dem eigenen Bericht der Polizei gegen Herkert Belastendes nicht angeführt werden konnte. Es heißt da unter anderem, daß der Zug in der Nähe der Stiftstraße vom Polizeikommissar Klein und einer größeren Menge von Schutzleuten vollständig zerstreut worden sei. Der Lärm und die Rufe „Hoch das Wahlrecht" hätten vollständig aufgehört. Die versammelte Menge sei in die Nebenstraßen gegangen und habe den Straßendamm vollständig freigemacht. Der Kriminalschutzmann Atroth griff aus der Menge derer, die noch dastanden, den Herkert heraus und verhaftete ihn. Daraufhin erst haben sich jene Vorgänge entwickelt, die dann zu so traurigen Folgen geführt haben. — Höhere Polizeibeamte waren bei der Verhandlung zahlreich vertreten und mußten mit anhören, wie das Gericht über ihre Taten urteilte.

Mit der „Heiligkeit des Eides" macht man gerade in den Zentrumsdomänen die schlimmsten Erfahrungen. Am 23. Februar hatten sich vor dem Aachener Schwurgericht wieder drei Mitglieder der sogenannten „Eidgenossenschaft" wegen Meineids zu verantworten. Wie aus früheren Verhandlungen und Verurteilungen vor den Aachener Gerichten bekannt geworden ist, hatte sich im Hinterlande von Jülich und Düren, einer durch und durch schwarzen Gegend, eine Gesellschaft zusammengetan, deren Mitglieder sich gegenseitig in Prozessen durch Leistung von Meineiden unterstützten. Im Volksmunde wurde die Gesellschaft die „Eidgenossenschaft" oder die „Meineid-Gesellschaft" genannt. Im Herbste vergangenen Jahres erfolgten die ersten Bestrafungen von Angehörigen der Bande und aus diesen Prozessen ergaben sich die jetzt zur Aburteilung stehenden Verbrechen. Jetzt hatten sich das Haupt der Bande, der 56jährige Drechsler Matthias Spohr aus Lich, ferner der 42jährige Fabrikarbeiter Karl Fournier aus Giesendorf und dessen 41jährige Ehefrau wegen Meineids, der erstere außerdem wegen Verleitung dazu, zu verantworten. Sie wurden vollständig überführt und gestanden schließlich ihr Verbrechen ein. Spohr wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, Fournier zu zwei Jahren Zuchthaus und Frau Fournier zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Der Einsturz der Görlitzer Stadthalle, der am 9. Mai 1908 erfolgte, hat am 23. Februar die Strafkammer des Görlitzer Landgerichts beschäftigt. Bei dem schrecklichen Bauunglück haben fünf brave Arbeiter ihr Leben eingebüßt. Bald nach dem Unglück wurden der Erbauer der Stadthalle, Architekt Bernhard Sehring aus Charlottenburg und sein Bauführer Naumann verhaftet. Sie wurden aber nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen. Später stellte das Gericht das Verfahren gegen Sehring ganz ein und hielt nur gegen Naumann die Anklage aufrecht. Außer ihm ist der frühere Fabrikbesitzer Martini in Sorau, der Lieferant der eisernen Dachkonstruktion, mit angeklagt. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und Körperverletzung. In dem Prozeß war schon zweimal Termin angesetzt, der aber jedesmal vertagt wurde. — Nach der Angabe Martinis ist Naumann an ihn herangetreten, um ihn zu veranlassen, eine leichtere Konstruktion zu nehmen. Den Gewinn wolle man teilen. Naumann bestreitet das. Martini legt dar, daß er eine leichtere Eisenkonstruktion des Daches genommen habe. Er habe kein pekuniäres Interesse daran gehabt, denn je stärker die Konstruktion ist, desto mehr verdiene er. Naumann habe darauf gedrängt, die Belastung geringer zu machen. Er habe die wirklichen statischen Berechnungen zugrunde gelegt. Diese wurden von Naumann genehmigt. Die Belastung habe er für ausreichend gehalten, habe aber gewußt, daß die Baupolizeiverordnung höhere Anforderungen stellt. Sehring sagte unter anderem als Zeuge aus, Naumann habe er weder als Ingenieur, noch als Architekt, sondern nur als Techniker betrachtet. Er hatte ausgezeichnete Zeugnisse über Bauten, die er für Städte ausgeführt hat. Der Maurermeister Kemper hat an Naumann einen Brief gerichtet, in dem es heißt: Die Zementwände haben sich um 4 Zentimeter durchgehoben, die Spanneisen würden platzen und die Zementdielen zerspringen. Auf den Brief hat Naumann geschrieben: „Unsinn, muß sich selbstverständlich infolge der Elastizität des Materials durchbiegen." Naumann behauptet: Die Maurer von Kemper hätten die Schrauben abgelöst. Kemper wolle sich selbst nur von der Verantwortung freimachen; er habe den Brief geschrieben, um sich Liebkind zu machen und eventuell später Arbeiten zu erhalten. Sehring erklärt: Er sei aufs höchste überrascht gewesen, als ihm der Brief nach der Katastrophe vorgelegt wurde. Wenn er ihn, was er nicht glaube, vorher erhalten hat, so habe er kein Gewicht auf ihn gelegt, weil der Inhalt als Blech hingestellt wurde und Kemper einen weiteren Brief unterlassen habe. — Das Urteil steht noch aus.

Wegen Untreue wurde der Rechtsanwalt Ellermeyer aus Peine von der Strafkammer in Hildesheim in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Weitere Fälle stehen noch zur Aburteilung.

20 Jahre Zwangsarbeit. Von dem Kriegsgericht in Chalons sur Marne wurde der Unteroffizier Farace vom achten Husarenregiment in Verdun, der in die Suppe seiner Kompagnie Zyankali geworfen hatte, um einen Soldaten, der ihm 300 Franks geliehen hatte, aus dem Wege zu räumen, zu 20 Jahren Zwangsarbeit und Degradation verurteilt.

Auf der Diamantensuche.

Langsam senken sich die Schatten der Nacht auf die endlose Einsamkeit. Dort, wo die Sonne vorhin unterging, mischt sich schnell ein immer kälter werdender blauer Ton in das glühende Rot des westlichen Abendhimmels. Über der schweigsamen Landschaft schimmern matt die ersten Sterne durch das klare Blaugrün des westlichen Firmaments, während sie im Osten aus dem tiefen Violett schon ganz deutlich und klar sich abheben. Allmählich verschwimmen die scharfen Umrisse der kahlen zackigen Felsen drüben im Westen im Blaugrau der aufsteigenden Nacht.

Durch die südafrikanische Frühsommernacht reitet ein einsamer Weißer, das Gewehr schußfertig quer über den Sattel gelegt und scharf Ausschau haltend nach allen Seiten. Wilde Tiere und noch wildere Menschen hausen hier in diesem weltfernen Winkel der Erde. Und jetzt ist es noch immer wie in der Kriegszeit. — Düne auf, Düne ab klimmt keuchend das Pferd, das seinen Reiter schnell hindurchtragen soll durch die gefürchtete Durststrecke, denn selbst die Tschamas gedeihen hier nicht.

Dort tut sich eine riesige Pfanne auf! — Der Boden, auf welchem zur letzten Sommerzeit brackiges Wasser gestanden haben mag, ist lehmig und von der Sonne hart gebrannt. Kein Grashälmchen weit und breit auf dieser wie Berliner Asphaltstraßen glatten Fläche. — „Komm, Brauner!" — Leicht hebt der Reiter dem müden Rosse mit den Zügeln den Kopf, ein milder Druck in die Flanken, dann springt es an, federleicht jagt es mit seinem Reiter über die Ebene. Drüben geht es wieder in Dünenland hinein, bergauf, bergab, so steil oft, daß das Tier vorsichtig mit den Vorderfüßen tastend Schritt um Schritt erst festen Boden sucht, um nicht hinunterzurollen in das tiefe Tal. Jetzt tut sich eine Sandfläche auf.

„Vorsicht!" — ruft der Reiter seinem Tiere zu, das nur zitternd vorwärts drängt — es kennt diese Gegend so gut wie der Mann, den es trägt. Meilenweit ist der Boden von den possierlichen Erdmännchen unterwühlt, ein einziger Fehltritt kann verhängnisvoll werden für Mensch und Tier. Wenn die Sonne drüben im Osten über den Sandbergen aufgeht, muß es durchquert sein; — so reitet man auf Tod und Leben.

Schon tauchen die schwarzen Schatten der Felsengebirge auf, schon wird hier und da der Boden steiniger. Da gibt es plötzlich einen Ruck, der Reiter liegt am Boden, das Pferd stöhnend neben ihm. Ein unterdrückter Fluch, dann ein Griff in das Zaumzeug, vergebens — der Braune hat ein Bein gebrochen. Hier hilft kein Besinnen. Schnell dem Tiere die Mündung des Gewehres an den Kopf gedrückt, dann blitzt es auf, das arme Tier hat ausgelitten. Der Wassersack, der noch wohl gefüllt war, ist bei dem Sturze ausgelaufen: „Auch das noch!" murmelt der Reiter ganz verzweifelt, dann aber nimmt er sein Gewehr auf den Rücken und schreitet voran, weiter in die Nacht hinein.

Er läuft und läuft. Als der Morgen graut, ist er immer noch in den kahlen durstigen Bergen, weit, weit entfernt von der nächsten Quelle. Die Angst lähmt ihn, — wird er das Ziel erreichen? Immer heißer brennt die Sonne, immer quälender wird der Durst, immer müder der Mann. Umsonst späht er um sich, um ein schattiges Plätzchen zu finden, wo er ruhen kann, um in der kühlen Nacht den Weg fortzusetzen. Kaum hat er ein wenig gerastet, peitscht ihn die Angst wieder auf, die Angst vor dem schrecklichen Tode, dem qualvollen Tode des Verdurstens. — — Der Hals wird trocken und schmerzt, die Zunge starr, so daß er zu ersticken wähnt, aber immer wieder beflügelt die Angst seine Schritte, peitscht ihn auf, wenn er ruht — „Wasser, Wasser!" — das ist sein einziger Gedanke. Wie oft hat er es verachtet, wie oft gespottet im Kreise fröhlicher Zecher über dieses fade Getränk. Und wie sehnt er sich jetzt nach ihm. Wieder bricht er zusammen. Ein kühler Windstoß fegt über das Land, gierig saugt der Wandrer die Luft ein. Dort ein bißchen Gras. Vielleicht hilft das die furchtbaren Qualen des Durstes zu mildern, dem Körper frische Kräfte zu geben. Umsonst! — Immer wilder tobt der Schmerz, immer furchtbarer quält die Angst, hier elend zu verdursten, wider sinkt er nieder. — Das Bewußtsein schwindet für einige Augenblicke. Er träumt von Gelagen, — — da plötzlich kehrt er wieder jäh zum Bewußtsein zurück. Die Pulse hämmern, ein krampfartiges Gefühl im Halse, es ist ihm, als ob die spröden Muskeln brechen müßten. Ein wahnsinniges Kopfweh gesellt sich zur Verzweiflung und den körperlichen Schmerzen. Wieder rafft er sich auf, wieder wankt er einige Schritte weiter dem Wasser entgegen. Qualvolle Rufe lispelt er, sie klingen wie „Mutter, Mutter!" — Und wieder sinkt er hin in den glühend heißen Sand, wieder wird es Nacht um ihn. Zum Äußersten hat er gegriffen, um sich zu retten, — es nützt nichts. — — Die Nacht bricht herein. Lange leuchten schon die zahllosen Sterne an dem dunkeln klaren Himmel, wieder kommt dem Verdurstenden das Bewußtsein zurück und nochmals rafft er sich auf. Mühsam wankt er weiter bis zu jener Höhe, von der aus er in weiter Ferne die bald aufflammenden, bald wieder ersterbenden Feuer der Eingeborenen sieht, die dort auf der einsamen Farm wohnen. Er muß das Ziel erreichen! — Als der Morgen graut, hat er sich bis auf wenige Kilometer herangeschleppt, aber nun ist seine Kraft zu Ende. Dort liegt er angesichts der Wasserstelle im Sande. — — — Verdurstet! — — —

Etliche Tage später kommt eine Polizeipatrouille des Weges. Sie hat die Spuren des Unglücklichen gesehen, auch den Kadaver des Tieres, welches ihn bis an die Berge getragen hat. Gierige Geier haben sich dort gesammelt, und als die Patrouille sich nähert, hüpfen sie mit schwerfälligem Flügelschlag erst ein paar Schritte davon, dann heben sie sich in den tiefblauen Himmel und ziehen langsam ihre Kreise, bis die Menschen da unten, welche ihr Mahl gestört haben, wieder weiterreiten. — — Nun steht die Patrouille, welche schon gehofft hat, daß sie den verdursteten Wandrer an der Wasserstelle finden würde, kurz vor dem Ziele vor dessen Leiche, an der Schakale und Hyänen schon genagt haben. — Ein schauerlicher Anblick! — Die Kleider zerfetzt, der Körper halb vertrocknet und hier und da angefressen, die Därme herausgezerrt, die Luft ist völlig verpestet. — — — — Auf der Farm an der Wasserstelle hat man nichts geahnt von der furchtbaren Tragödie, welche sich dort gar nicht fern abgespielt hatte.

In dem glühend heißen Sande, an derselben Stelle, wo der Unglückliche verschied, wird ein Grab gegraben, der Leichnam hineingebettet, eine kurze Andacht gehalten. — Dann wird ein Tuch über den Toten gebreitet, schwer fallen die Sandmassen in die traurige Grube, über die zum Schutze gegen die Tiere der Wildnis Steine gelegt werden. Ein schlichtes Kreuz aus ungehobeltem Kistenholz bezeichnet die Stätte, an welcher ein Mensch den qualvollsten Tod erlitten, der den Menschen nur beschieden sein kann.

Aus Nah und Fern.

Bernsteinfunde in der Lausitz. Wie gemeldet wird, ist in dem Deckgebirge einer neuen Grube bei Senftenberg Bernstein gefunden worden, und zwar Stücke bis zur Größe einer Faust.

Ein Magistratsbeamter als Betrüger. Vor dem Schwurgericht in Guben hatte sich der Magistrats-Oberassistent R. Geisler aus Forst (Lausitz) wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Er hatte in der städtischen Sparkasse für ein nach Auszahlung des gebuchten Betrages von 4402 Mk. eingezogenes Sparkassenbuch ein neues angelegt und nach Zuschreibung der Zinsen 4600 Mk. abgehoben. Der unehrliche Beamte wurde zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, 180 Mk. Geldstrafe oder noch 12 Tagen Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Verschüttete Bergleute. Auf dem Körnerschacht der Vereinigten Gieschegrube in Kattowitz ging durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses ein großes Kohlenfeld in die Brüche und verschüttete mehrere Bergleute. Ein Toter und ein Schwerverletzter, beide Italiener, wurden bis mittags geborgen.

Landwirte und „Ackerer". Wie man die in der Landwirtschaft Tätigen — wir meinen die Selbständigen — einteilt, darüber war man sich bis jetzt noch nicht klar. In diese Frage hat der Bürgermeister eines durch seine Frömmigkeit bekannten Ortes im Wetzlarer Kreise Licht gebracht. Bei diesem Bürgermeister erschien der Sohn eines kleinen Bauern in irgend einer Sache. Im Laufe der Vernehmung fragte der Bürgermeister den Mann, was sein Vater sei, und als er die Antwort „Landwirt" erhielt, fragte er weiter, wieviel Land sie besäßen. „Ungefähr 20 bis 25 Morgen," erwiderte der Gefragte. „Das sind keine Landwirte," erklärte das Dorfoberhaupt. „Landwirte sind die, welche studiert haben und große Güter besitzen; Sie sind ein Ackerer. Sprachlos ob dieser Weisheit zog der so Belehrte ab und stellte über die Gradeinteilung in der Landwirtschaft auf dem Heimwege philosophische Betrachtungen an. Zu Hause verkündete er seinem erstaunten Vater die neue, jedenfalls aus Ostelbien stammende Titulatur.

Familiendrama. Aus Hagen (Westf.) wird gemeldet: Im Stadtteil Althagen erhängte Donnerstag morgen die Tischlersfrau Dammann ihre beiden Kinder von 1½ und 3 Jahren und versuchte, sich selbst zu töten. Der Grund der Tat sind eheliche Zwistigkeiten.

Unaufgeklärter Tod eines Rekruten. Der Rekrut Furhoff aus der Garnison Insterburg, der vor zwei Monaten durch einen Unteroffizier seines Regiments wegen plötzlicher schwerer Erkrankung in seine Heimat nach Hagen i. W. zurückbefördert wurde, ist am Sonntag im Krankenhause gestorben. Der Rekrut soll angeblich im November v. J. von älteren Mannschaften im Bett überfallen und schwer mißhandelt worden sein, was eine Gehirnerkrankung hervorgerufen hat, an deren Folgen er starb. Der Staatsanwalt hat die Obduktion der Leiche angeordnet.

Auf dem Eise eingebrochen. Auf dem Eise des Briesendorfersees bei Rummelsburg brachen vier Schulkinder ein. Drei derselben ertranken.

25 Mann ertrunken. Nach Mitteilung des Antwerpener Hafenamtes ist der belgische Dampfer „Bulgaria" mit 25 Mann Besatzung im Golf von Biscaya untergegangen.

Gerächt. Im Postbureau Peronne bei Macon wurde der Amtsleiter von einem pensionierten Beamten durch zwei Revolverschüsse getötet. Bei der Festnahme erklärte der Mörder, keine Reue zu empfinden, da er als Rächer der Ehre seiner Tochter gehandelt habe.

In Seenot. Nach telegraphischer Meldung aus Dover ist ein großer unbekannter Dampfer auf der Goodwin Sandbank gestrandet. Fünf Schleppdampfer und drei Rettungsboote gingen dahin, können sich ihm aber wegen Sturmes und hoher See nicht nähern.

Brandkatastrophe. Nach in London eingetroffenen Blättermeldungen aus Callao fing während einer Kinematographen-Vorstellung in Truxillo, Peru, ein Film Feuer. Es entstand eine riesige Feuersbrunst, in der fünfzig Personen umkamen. Das Theater wurde zerstört.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Straßenkundgebungen. — Herrn Tugan-Baranowskys Marx-Kritik. Von Ant. Pannekoek. — Steuerprobleme. Von J. Karski. — Wie können wir den Gefahren der ungelernten Frauenarbeit entgegenwirken? Von Hulda Maurenbrecher. — Literarische Rundschau: Albert Scobel, Geographisches Handbuch. Von M. N. — Notizen: In eigener Sache. Von K. Kautsky. — Budget eines ledigen Arbeiters. Von A. R. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3.25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den **„Lübecker Volksboten"** in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im **„Lübecker Volksboten".**

Per Zufall eine freundliche **Zweizimmerwohnung** zum 1. April zu vermieten. Böttcherstr. 5, I.

Gutes Logis zu vermieten. Schützenstr. 57a, I.

Sei. in der Nähe d. Stadttheaters z. 1. Mai **Zweizim.-Wohn.** m. Zub. v. ruh. Leut. mit 8j. Kind. Pr. 200 bis 220 M. Ang. unt. **B 12** an die Exp.

Dam.-Masken-Kostüme zu vermieten Fleischhauerstraße 8

Hartkoks 20/30 bei Abnahme v. 5 Zentnern a **1.40 Mk.** Ab Bahn frei Haus. Bestellungen nehme b. Montag entg. **C. Prestin,** Wickedestraße 33.

Frühe Pflanzkartoffeln zweite lange, zu verkaufen Segebergstraße 20.

Einige Fuder Dung zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe u. **W A** an die Exp.

Gesucht zu sof. ein Hausknecht, der radfahren kann. **C. Drevs,** Arnimstraße 12.

Empfehlungskarten werden hergestellt in der **Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.**

Feinste Eßkartoffeln **Mk. 5.50;** hochfein gelbkochende **Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln,** billig, frei Haus. **Wiederverkäufern Ausnahmepreise.** Empfehle noch einen kleinen Posten **Futterkartoffeln.** **C. Heese,** L. Jacobsen Nachfl. Meierstr. 26. T. 1440